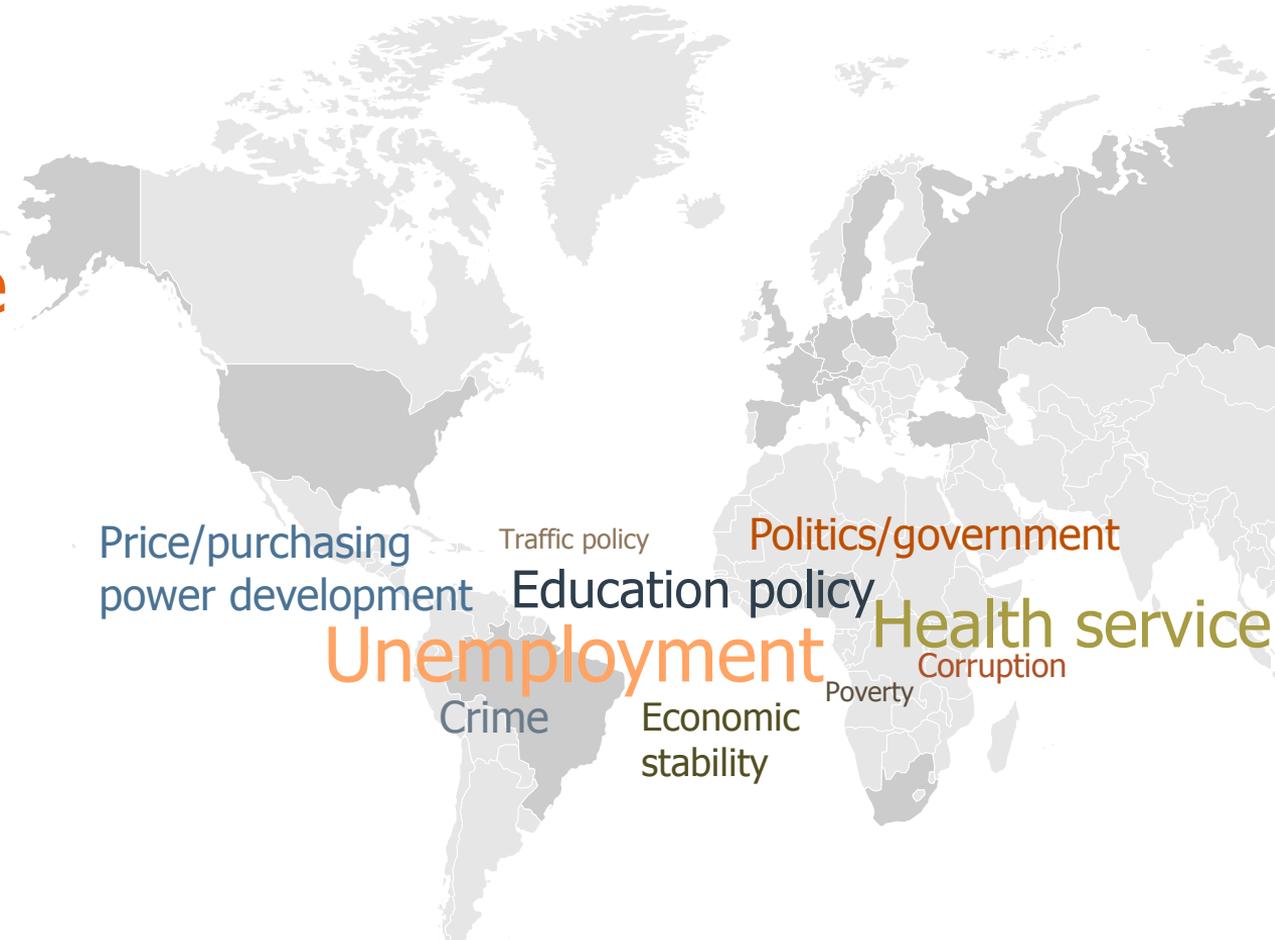


Challenges of the Nations 2014

A light gray world map is shown in the background. Overlaid on the map are several text labels representing global challenges. The labels are: 'Price/purchasing power development' (dark blue), 'Traffic policy' (gray), 'Politics/government' (orange), 'Education policy' (dark blue), 'Unemployment' (large orange), 'Health service' (green), 'Crime' (dark blue), 'Economic stability' (dark blue), 'Poverty' (gray), and 'Corruption' (gray).

Price/purchasing power development

Traffic policy

Politics/government

Education policy

Unemployment

Health service

Crime

Economic stability

Poverty

Corruption

Challenges of the Nations 2014

Copyright GfK Verein

Nachdruck, Weitergabe etc. – auch auszugsweise – sind nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des GfK Vereins gestattet

Verantwortlich: Ronald Frank

GfK Verein
Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung e.V.

Nordwestring 101, 90419 Nürnberg
Tel.: (0911) 395-2231 und 2368 – Fax: (0911) 395-2715

E-mail: info@gfk-verein.org
Internet: www.gfk-verein.org

Challenges of the Nations 2014

GfK Consumer Experiences:
Birgit Müller | Elke Nagel

GfK Verein:
Ronald Frank

Inhalt

	Folie
Vorwort	4
Die Herausforderungen der Nationen	5
Die Besonderheiten der einzelnen Länder	
Nigeria	16
Deutschland	20
Frankreich	31
Brasilien	34
Italien	38
Belgien	42
Großbritannien	45
Österreich	48
Spanien	51
Polen	54
Schweiz	57
Südafrika	61
Russland	65
Türkei	69
USA	73
Niederlande	76
Schweden	79
Wirtschaftsindikatoren im Überblick	83
Methode	87



Aus den Challenges of Europe werden in diesem Jahr die *Challenges of the Nations*. Der Blick des GfK Vereins auf die Sorgen der Bürger weitet sich und umfasst nun zwei weitere Länder Europas: Das Nicht-EU-Mitglied Schweiz und die mit der EU in Gesprächen über einen möglichen Beitritt stehende Türkei.

Mit den USA wird die weltweit größte Volkswirtschaft Teil der *Challenges of the Nations* und mit Brasilien ist der südamerikanische Kontinent mit seinem größten und bevölkerungsreichsten Land vertreten. Afrika - der Kontinent, der als Wiege der Menschheit gilt, ist nun ebenfalls mit zwei Ländern Teil der aktuellen Studie: Nigeria, das bevölkerungsmäßig größte Land dieses Kontinents und Südafrika, das als wichtigste Volkswirtschaft Afrikas gilt. Mit Brasilien, Russland und Südafrika werden nun in drei der fünf BRICS-Staaten die Sorgen der Bürger erhoben.

Mit der Integration von Schwellenländern wie Brasilien, Südafrika oder der Türkei verschiebt sich der Sorgenfokus weg von Themen, die primär die Erhaltung des jeweiligen wirtschaftlichen Wohlstandsniveaus betreffen und hin zu den Problemen

eines mangelhaften Funktionierens der Basisversorgung eines Gemeinwesens, wie der Gesundheit, der Ausbildung, der inneren Sicherheit, der Versorgung mit Trinkwasser und Strom – und der Korruption.

Die Antworten dieser Untersuchung lassen also zeitnah soziale, wirtschaftliche und politische Problemfelder erkennen. Darüber hinaus wird sichtbar, wie sich die Bedeutung der einzelnen Themen in der öffentlichen – und veröffentlichten – Wahrnehmung im Zeitverlauf wandelt, und das seit mittlerweile fast 25 Jahren in Deutschland, seit der Jahrtausendwende in vielen weiteren europäischen Ländern und nun auch im weltweiten Kontext. Für die nähere Zukunft ist zudem eine Erweiterung der *Challenges of the Nations* um Länder aus dem asiatischen Raum geplant.

Ronald Frank
GfK Verein



Die Herausforderungen 2014 - Top 10

Zusammenfassung aller Länder; nach Anzahl der Einwohner je Land gewichtet; (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Arbeitslosigkeit

30



Politik/ Regierung

12



Gesundheitswesen

17



Wirtschaftliche
Stabilität

11



Bildungspolitik

13



Korruption

09



Kriminalität

12



Armut

06



Preis-/ Kaufkraft-
entwicklung

12



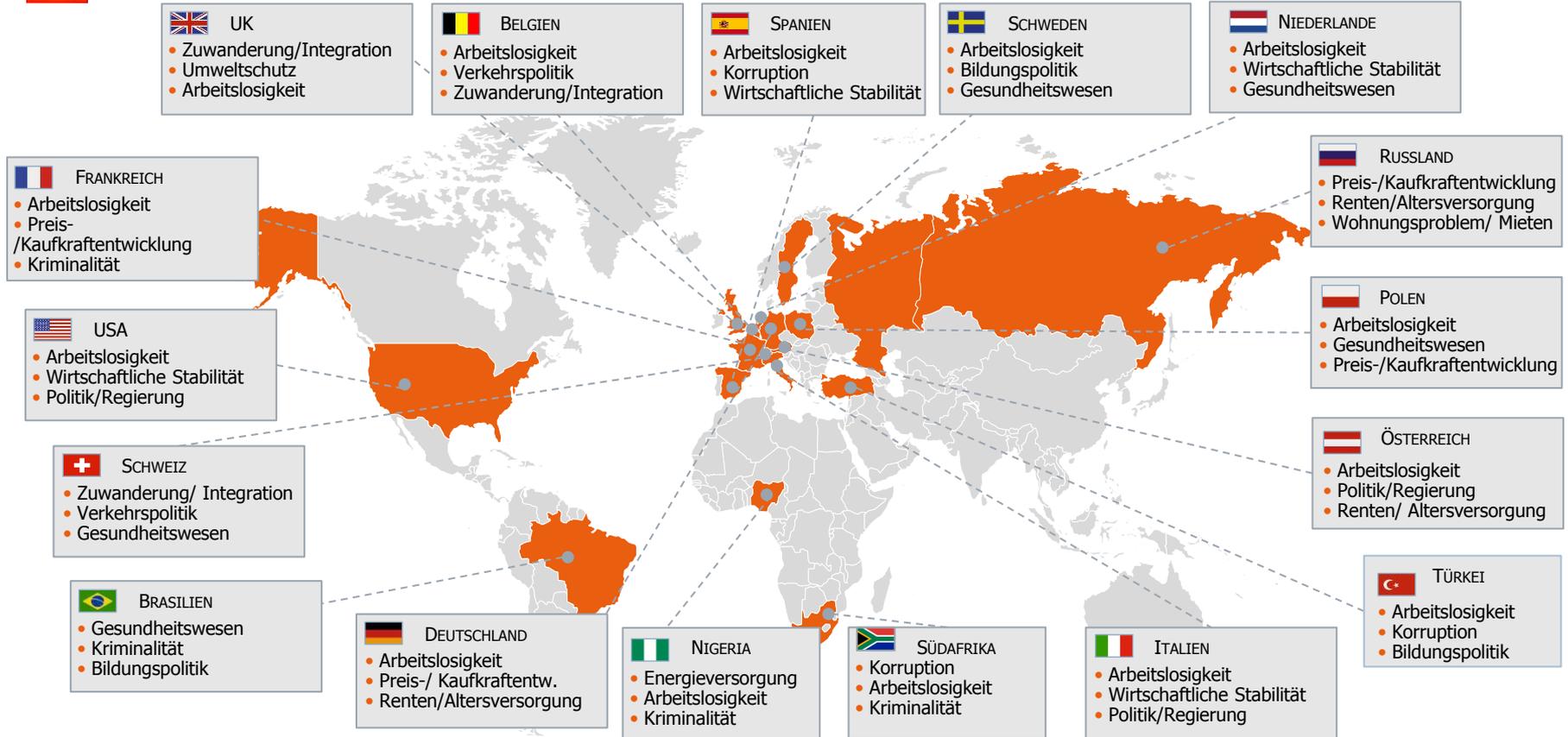
Verkehrspolitik

06



Nachrichtlich:
Stabilität der
Energieversorgung:
6%

Die größten Sorgen der Nationen im Überblick*



* Jeweils Top 3 der genannten Sorgen im jeweiligen Land

Die Top 10-Herausforderungen 2014 im Vergleich (1)

(freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Gesamt



	Gesamt	Nigeria	Deutschland	Frankreich	Brasilien	Italien	Belgien	Großbritannien	Österreich	Spanien
Arbeitslosigkeit	30	52	33	67	4	53	35	20	29	74
Gesundheitswesen	17	17	10	9	55	6	5	14	5	13
Bildungspolitik	13	35	12	7	32	4	7	9	13	10
Kriminalität	12	35	11	18	32	6	9	8	6	2
Preis-/Kaufkraftentwicklung	12	7	26	23	12	7	7	7	12	4
Politik/ Regierung	12	17	7	8	15	25	12	6	15	12
Wirtschaftliche Stabilität	11	4	10	9	2	30	11	11	10	14
Korruption	9	20	1	-	13	6	-	1	4	29
Armut	6	14	14	7	2	3	10	5	2	2
Verkehrspolitik	6	33	3	1	6	-	19	9	1	-

Basis 2014: 19.767 Befragte

Gesamt

Nigeria

Deutschland

Frankreich

Brasilien

Italien

Belgien

Großbritannien

Österreich

Spanien

Die Top 10-Herausforderungen 2014 im Vergleich (2)

(freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Gesamt



	Gesamt	Polen	Schweiz	Südafrika	Russland	Türkei	USA	Niederlande	Schweden
Arbeitslosigkeit	30	53	11	35	11	30	23	22	26
Gesundheitswesen	17	24	11	3	8	3	13	16	14
Bildungspolitik	13	3	8	10	7	16	6	4	24
Kriminalität	12	2	5	12	4	4	3	8	1
Preis-/Kaufkraftentwicklung	12	18	5	6	24	12	5	3	1
Politik/ Regierung	12	9	5	3	3	13	15	8	2
Wirtschaftliche Stabilität	11	4	7	-	8	11	18	18	5
Korruption	9	2	-	42	6	17	1	-	-
Armut	6	8	3	5	2	1	8	5	-
Verkehrspolitik	6	2	12	2	4	4	-	3	1

Basis 2014: 19.767 Befragte

Gesamt

Polen

Schweiz

Südafrika

Russland

Türkei

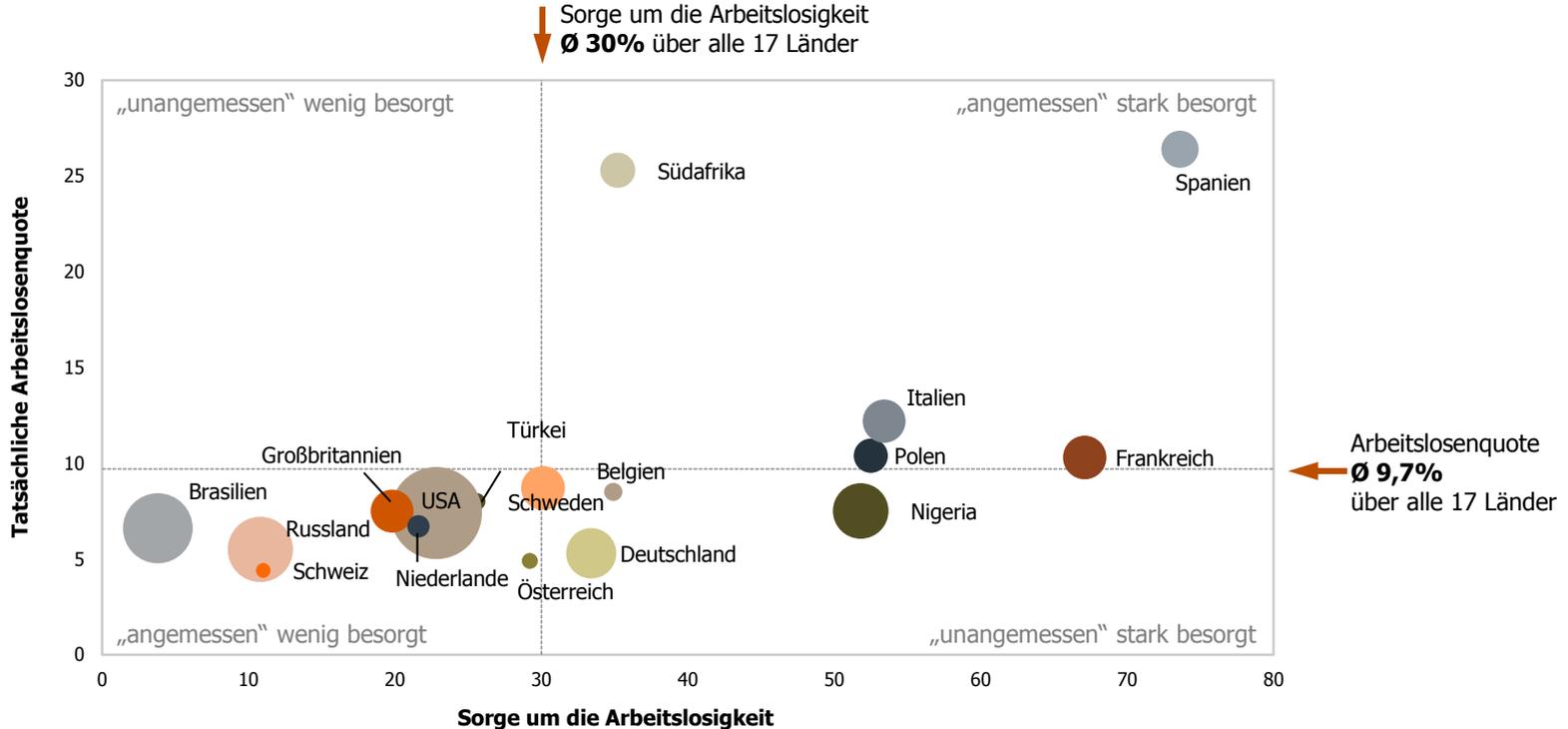
USA

Niederlande

Schweden

Gegenüberstellung der Sorge um die Arbeitslosigkeit mit der tatsächlichen Arbeitslosenquote* in %

(Sorge um die Arbeitslosigkeit: freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

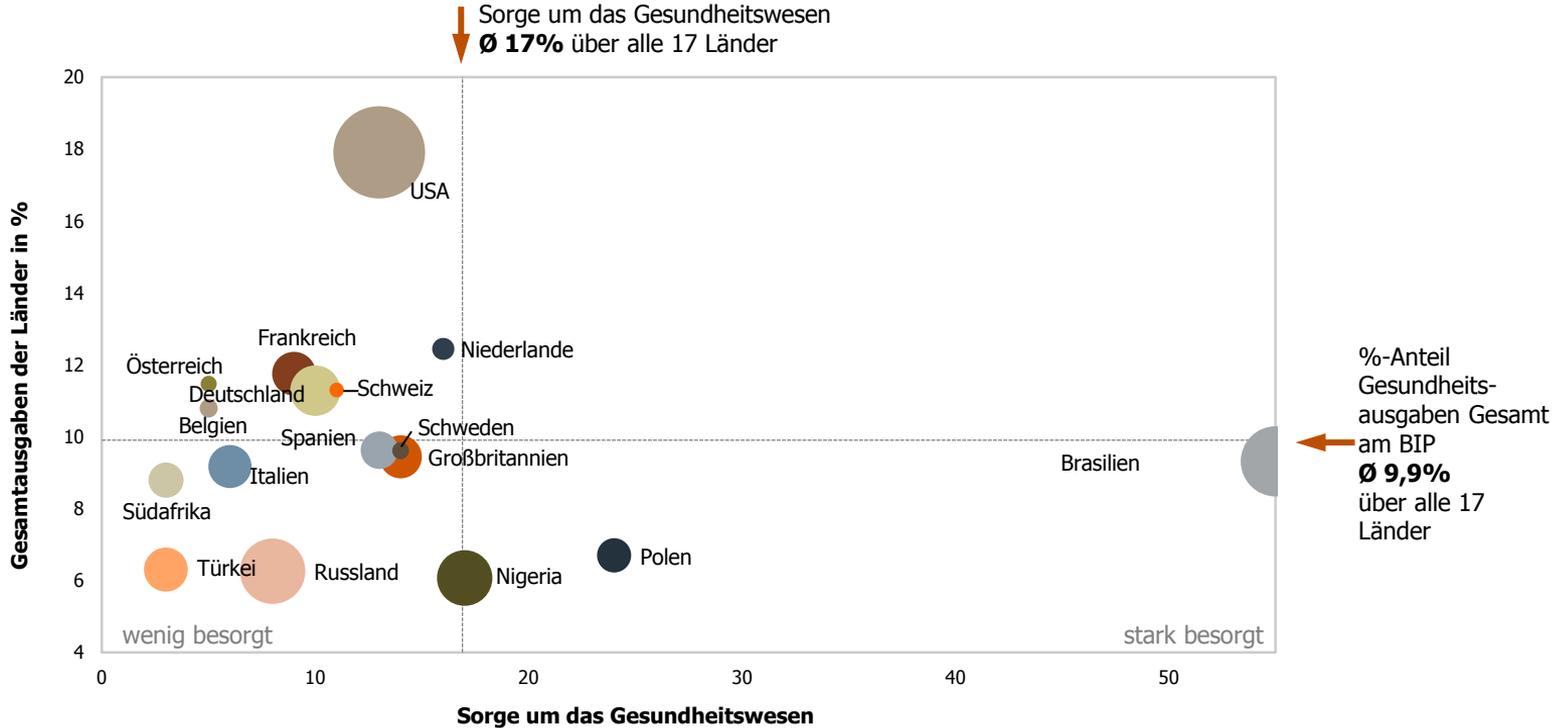


Größe der Punkte entspricht dem Bevölkerungsanteil

*OECD, Stand April 2014 und International Labour Organisation (ILO) (2012/2013, Stand April 2014)

Gegenüberstellung der Sorge um das Gesundheitswesen mit dem Anteil der Ausgaben für Gesundheit am BIP* in %

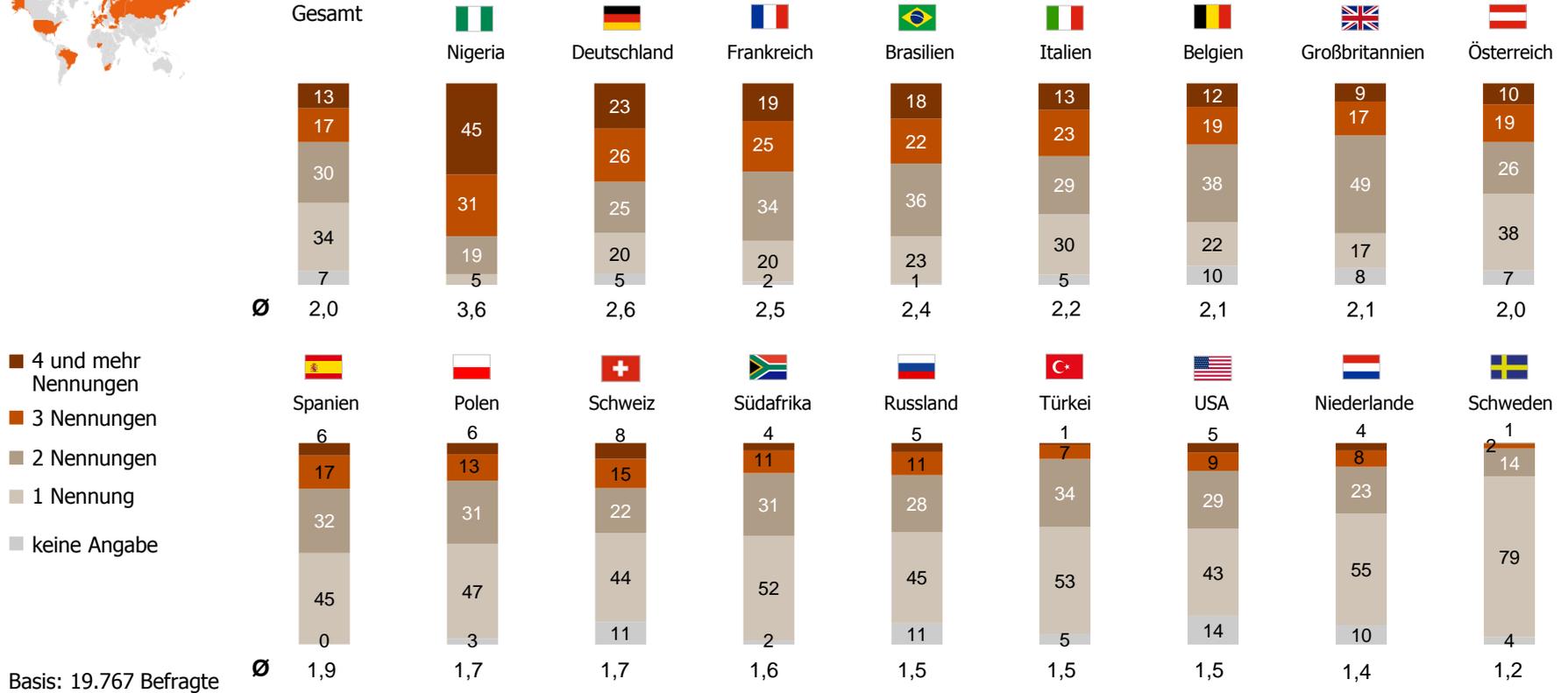
(Sorge um das Gesundheitswesen: freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Größe der Punkte entspricht dem Bevölkerungsanteil
*World Health Organisation (WHO), Stand 2012

Anzahl der Nennungen 2014 im Vergleich

Anzahl der genannten Probleme pro Person und Land in %



Basis: 19.767 Befragte

Zentrale Ergebnisse 2014 (1)



Das **Untersuchungsgebiet** der Studie „Challenges of the Nations“ umfasst seit diesem Jahr 17 Länder weltweit - und damit sechs neue Länder: In **Europa** sind wie bisher Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Österreich, Polen, Großbritannien, Belgien, Russland, die Niederlande und Schweden Teil dieser Studie. **Neu** hinzugekommen sind in diesem Jahr die **Türkei** und die **Schweiz**. Außerdem zum ersten Mal vertreten ist der afrikanische Kontinent mit **Südafrika** und **Nigeria**, Nordamerika mit den **Vereinigten Staaten** sowie Südamerika mit **Brasilien**. Stellvertretend wurden in diesen Ländern insgesamt 19.767 Personen befragt. Die Antworten repräsentieren die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen, die von mehr als einer Milliarde Menschen gesehen werden. Um eine tatsächliche **globale Betrachtung** zu ermöglichen, werden die Ergebnisse der einzelnen Länder entsprechend dem jeweiligen Bevölkerungsanteil gewichtet dargestellt.

Auch im Rahmen der erstmalig weltweit angelegten Studie ist die Sorge um die **Arbeitslosigkeit** mit 30% die Nummer 1. Spitzenreiter der Sorgenliste ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt in 11 der 17 erfassten Länder. Die größte Beunruhigung

herrscht mit einem Anteil von 74% der Nennungen in Spanien, dicht gefolgt von Frankreich mit aktuell 67%. Jeweils mindestens die Hälfte der Bevölkerung sieht in Italien, Polen und Nigeria die Notwendigkeit, die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. In Nigeria ist die Arbeitsmarktsituation mit über 50% Besorgten aber dennoch nicht das größte Problem: Dort bereitet die Stabilität der Energieversorgung rund zwei Dritteln der Nigerianer große Sorgen. Diese große Besorgnis in einem einzigen, aber sehr bevölkerungsreichen Land hievt das Thema Energieversorgung weltweit sogar auf den elften Rang.

An zweiter Stelle befindet sich mit 17% die Sorge um das **Gesundheitswesen**. Anführer ist hierbei Brasilien mit rund 55% besorgten Menschen, damit liegt das Thema auf Platz 1. Bereits mit großem Abstand folgt Polen mit 24%, dahinter kommen Nigeria mit 17% und die Niederlande mit 16%. Nahezu gleichauf mit 14% bzw. 13% liegen das Vereinigte Königreich, Schweden, die USA und Spanien. In der Türkei und in Südafrika stehen dagegen derzeit andere Probleme im Vordergrund (jeweils 3% Antworten für das Gesundheitswesen).

Zentrale Ergebnisse 2014 (2)



Auf Platz 3 befindet sich mit 13% die Sorge um die **Bildungspolitik**, eine Sorge bei der Nigeria (35%) und Brasilien (32%) klar herausragen. Aber auch 24% der Schweden wünschen sich Verbesserungen bei der Bildungspolitik. Insgesamt sorgen sich in mehr als der Hälfte der involvierten Länder aber weniger als 10 % der Bürger um das Bildungswesen, am geringsten ist die Besorgnis in Polen (3%), Italien und den Niederlanden (je 4%).

Über die Themen, die die Plätze 4 bis 6 belegen, machen sich insgesamt jeweils 12% der Menschen Gedanken. Auf dem vierten Platz befindet sich die **Kriminalität**. Höchstwerte werden aktuell erwartungsgemäß in Nigeria und Brasilien erzielt, dort sorgt sich jeweils rund ein Drittel der Bevölkerung um die – entsprechend hohe – Kriminalität. Der stärkste Kontrast zeigt sich im Vergleich zu den Schlusslichtern, in Spanien und Polen sind 2% der Befragten besorgt, in Schweden sogar nur 1%. Darüber hinaus gibt es drei weitere Länder, in denen weniger als 5% der Bevölkerung eine verstärkte Verbrechensbekämpfung fordert.

Den fünften Platz des globalen Sorgenrankings belegt die **Preis- bzw. Kaufkraftentwicklung** mit ebenfalls 12%. Besonders geschärft ist die Wahrnehmung dafür in Deutschland mit 26%, in Russland mit 24% und in Frankreich mit 23%. In Deutschland und Frankreich steht die Sorge auf dem zweiten Platz der nationalen Agenda, in Russland sogar auf Rang 1. In Polen sorgen sich 18% um das Thema und Brasilien, Österreich und die Türkei liegen mit je 12% Besorgten im Mittelfeld. Kein allzu großes Problem stellt die Teuerung für die Niederländer (3%) und die Schweden (1%) dar.

Auf Platz 6 des Sorgenrankings befindet sich das Thema **Politik und Regierung**, über das sich 12% Gedanken machen. In Italien kritisieren 25% die Staatsführung, ebenfalls überdurchschnittlich besorgt zeigen sich Nigeria (17%) sowie Brasilien, Österreich und die Vereinigten Staaten mit jeweils 15% besorgten Bürgern. Relativ wenig Kritik an Politik und Regierung wird in Russland und Südafrika mit je 3% und in Schweden mit lediglich 2% geäußert.

Zentrale Ergebnisse 2014 (3)



Die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** steht mit derzeit 11% an siebter Stelle der Problemliste, wobei die Italiener mit 30% am meisten besorgt sind. Mit den Niederländern und den US-Amerikanern (je 18%) sowie den Spaniern (14%) sorgen sich aktuell überdurchschnittlich viele Bürger um die ökonomische Entwicklung. Eine eher untergeordnete Rolle spielt diese Sorge in Nigeria und Polen (4%), Brasilien sowie in Südafrika (je 2%) .

Auf dem achten Platz steht mit 9% die Sorge um **Korruption**, die global betrachtet die größte Bandbreite aufweist. Oberste Priorität, das bedeutet Rang 1, erfährt diese bei der Bevölkerung Südafrikas mit 42%. In Spanien (29%), Nigeria (20%) und der Türkei (17%) gibt es ebenfalls weit überdurchschnittlich viele Antworten dazu. Dagegen wird Korruption in acht der an der Studie beteiligten Länder, u.a. in der Schweiz und in Schweden nur von maximal einem Prozent der Bevölkerung als problematisch angesehen.

Rang 9 besetzt mit 6% die Sorge um die **Armut**, wobei diese überraschenderweise in Deutschland und nachvollzieh-

barerweise in Nigeria mit jeweils 14% weltweit das höchste Niveau aufweist. Sicherlich handelt es sich hierbei um unterschiedliche Arten von Armut: In Deutschland und auch in Belgien mit 10% geht es wohl eher um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, in Nigeria dagegen vor allem um grundlegende Sorgen des Daseins.

Den zehnten Platz belegt der Themenkomplex um die **Verkehrspolitik**. Mit Abstand am größten ist die Besorgnis in Nigeria, hier übt ein Drittel der Bevölkerung Kritik an der Verkehrsinfrastruktur. Es folgen geografisch kleinere Länder wie Belgien mit 19% und die Schweiz mit 12%, wo die Problemlage aber eine andere ist (Verkehrsdichte). In den meisten Ländern stellt der Straßenverkehr aber lediglich ein Randproblem dar und wird nur von wenigen genannt. Während in den meisten Ländern die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder ein anderes Thema der Top-10-Herausforderungen genannt wird, erweist sich in Großbritannien und in der Schweiz die **Zuwanderung** bzw. die **Integration** als die größte Sorge. In beiden Ländern sehen hier 25% der Bürger Handlungsbedarf, insgesamt sind es aber gerade einmal 5%, was lediglich Platz 12 bedeutet.

Zentrale Ergebnisse 2014 (4)



Mit der Studie „Challenges of the Nations“ treten nicht nur hinsichtlich der Wichtigkeit der einzelnen Themen Unterschiede zwischen den Ländern hervor, es lassen sich auch Aussagen über die **Problemvielfalt** einzelner Länder treffen: Die durchschnittliche Anzahl der Probleme, die die Bürger in ihren jeweiligen Ländern äußern, variiert zwischen 1,2 und 3,6 Antworten pro Person. So können Rückschlüsse auf kulturelle Unterschiede sowie auf den Problemdruck eines Landes gezogen werden. Länderübergreifend werden in diesem Jahr, wie schon in den beiden Jahren zuvor, im Schnitt zwei Themen von den Befragten angemahnt.

Die mit Abstand meisten Probleme mit durchschnittlich 3,6 Antworten pro Person äußern die **Nigerianer**, die erstmals an der Studie teilnehmen. In Nigeria erhalten fünf Themenfelder der Top 10-Liste eine sehr hohe Priorität und werden von mindestens einem Drittel der Bevölkerung als Problem genannt. In Brasilien erreichen noch 3 Themen mehr als 30%, dort nennen die Bürger im Schnitt 2,4 Themen. In allen anderen Ländern findet maximal ein Thema eine derart hohe Beachtung.

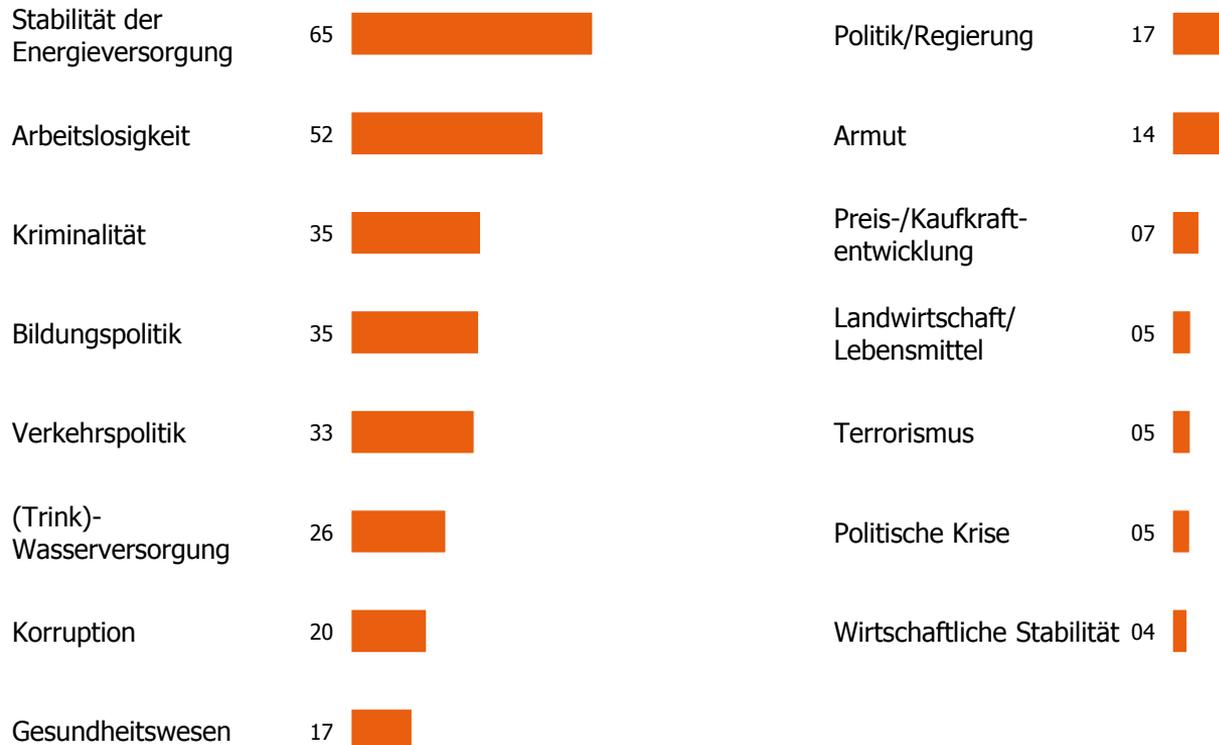
Als besonders kritisch unter den europäischen Ländern erweisen sich – wie schon in den Vorjahren – die Deutschen und die Franzosen, die durchschnittlich 2,6 bzw. 2,5 Probleme pro Befragten nennen.

Unter dem Durchschnitt der Besorgnis über alle Länder liegen die Schweiz (1,7 Herausforderungen), Südafrika (1,6) sowie die Türkei und die Vereinigten Staaten mit je 1,5 Antworten pro Person. Traditionell europäisches Schlusslicht in der Besorgnis – und aktuell auch im weltweiten Vergleich – bildet erneut **Schweden** mit unverändert nur 1,2 Nennungen.

Die größten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind mit einem um 0,2 Nennungen pro Person wachsenden Problemdruck in **Belgien** mit aktuell 2,1 Sorgen zu beobachten. Eine geringere Problemvielfalt, was entweder auf eine Abnahme der Besorgnis oder eine Fokussierung auf weniger Themen hindeuten kann, ist in Spanien (1,9 Themen), Polen (1,7), Russland (1,5) und den Niederlanden (1,4) zu erkennen. Alle anderen Länder haben sich im Vergleich zu 2013 nur wenig verändert.

Die Herausforderungen in Nigeria 2014 – Top 15

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Nigeria zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis: 1.000 Befragte

Nachrichtlich:
Friedenssicherung: 4%



Nigeria – zentrale Ergebnisse (1)

Erstmals wurden in diesem Jahr die Herausforderungen in Nigeria, dem bevölkerungsreichsten Land und der drittgrößten Volkswirtschaft des afrikanischen Kontinents, erfragt. Mit 3,6 genannten Herausforderungen belegt Nigeria im weltweiten Vergleich der 17 erhobenen Länder aktuell mit Abstand den ersten Platz. Die Themen, die die Menschen dort beschäftigen, betreffen ganz grundlegend Probleme der Infrastruktur. So liegt auf dem ersten Rang mit 65% die Forderung nach einer **stabileren Energieversorgung**. Nigeria ist zwar der erfolgreichste Ölproduzent des Kontinents und der achtgrößte weltweit, allerdings liegt die infrastrukturelle Entwicklung in Nigeria weit hinter der positiven Wirtschaftsentwicklung (Anstieg des BIP um etwa 7% pro Jahr) sowie dem Wachstum der Bevölkerung zurück. Wohl auch mangels eines Zugangs beträgt der Stromverbrauch pro Kopf nur rund 150Kwh im Jahr, was etwa 2% des Verbrauchs in Deutschland entspricht, und ist damit einer der geringsten weltweit. Investitionen in das Stromnetz blieben seit 1990 weitgehend aus, so dass der Ausbau und die Privatisierung der Energieversorgung derzeit eine wichtige Aufgabe darstellen.

Ein weiteres Indiz für die Schwäche der Infrastruktur ist die Sorge der Nigerianer um die **Verkehrspolitik** und die **(Trink-) Wasserversorgung**. Die beiden Themen belegen mit 33% bzw. 26% den fünften und sechsten Rang. So besitzen nur rund 60% der Nigerianer einen Anschluss an die Trinkwasserversorgung, wobei die Leitungen und Rohre häufig verunreinigt und somit nicht selten gesundheitlich bedenklich sind. Das macht den Verkauf von Tafelwasser zu einem einträglichen Geschäftsmodell auch westlicher Konzerne, was sich aber viele Nigerianer nicht leisten können. Das Auswärtige Amt in Deutschland berichtet ebenfalls von katastrophalen Zuständen der Straßen. Dies ist besonders im ländlichen Raum problematisch, denn über die Hälfte der ländlichen Bevölkerung Nigerias hat im Umkreis von zwei Kilometern keinen Zugang zu einer ganzjährig befahrbaren Straße.



Nigeria – zentrale Ergebnisse (2)

Auch wirtschaftliche bzw. soziale Themen stehen im Fokus der Nigerianer: 52% sehen die **Arbeitslosigkeit** als ein großes Problem in Nigeria an, das bedeutet Platz 2 der Sorgenliste. Laut WKO (Wirtschaftskammer Österreich) ist mit 23,9% fast ein Viertel der Personen im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) arbeitslos. Das hat weitreichende Folgen, denn so lebt immer noch mehr als die Hälfte der nigerianischen Bevölkerung in großer Armut und hat zum Überleben weniger als einen US-Dollar pro Tag zur Verfügung. Dies wird etwas dadurch relativiert, dass knapp die Hälfte der Agrarproduktion der eigenen Versorgung dient. Zudem nennen 14% der Nigerianer die Bekämpfung der **Armut** als Herausforderung. Wie bei einigen anderen Themen auch zeigt sich hier im muslimischen Norden eine deutlich größere Besorgnis.

Die **Kriminalität** ist für die Nigerianer ein weiteres großes Problem, das es zu bekämpfen gilt. Insbesondere über Öldiebstahl, Vorauszahlungs- oder Vorschussbetrug und Entführungen wird in den Medien regelmäßig berichtet. Konfliktpotenzial birgt auch die Zusammensetzung der nigerianischen Bevölkerung, die aus etwa gleich großen Teilen an Christen, dominierend im Süden,

und Muslimen, die vorwiegend im Norden des Landes leben, besteht. Ethnisch betrachtet gibt es sogar über 250 verschiedene Gruppen, die größtenteils friedlich zusammenleben. Verschiedene kriminelle Organisationen, die zum Teil auch religiös motiviert sind, sorgen jedoch dafür, dass die Bürger sich auf den Straßen nicht sicher fühlen. Eine der bekanntesten ist die radikalislamische Organisation „Boko Haram“, was übersetzt sinngemäß „Westliche Bildung ist verboten“ heißt. Allein im zweiten Halbjahr 2013 hat diese Gruppierung Schätzungen zufolge mindestens 1.200 Menschen getötet. Bei einem Anschlag im Februar dieses Jahres auf eine Schule wurden über 40 Kinder getötet. Gerade auch aufgrund solcher Vorfälle nennen 5% der Nigerianer explizit den **Terrorismus** als dringend zu lösendes Problem.

Eine lange Phase autoritärer Militärherrschaft, Korruption und ineffiziente staatliche Institutionen wirken sich weiterhin negativ auf die Stabilität Nigerias aus, obwohl bereits Reformen eingeleitet wurden. Laut Transparency International weist Nigeria einen CPI von 25 Punkten auf – diese deutlich wahrgenommene **Korruption** mahnen explizit auch 20% der Nigerianer an.

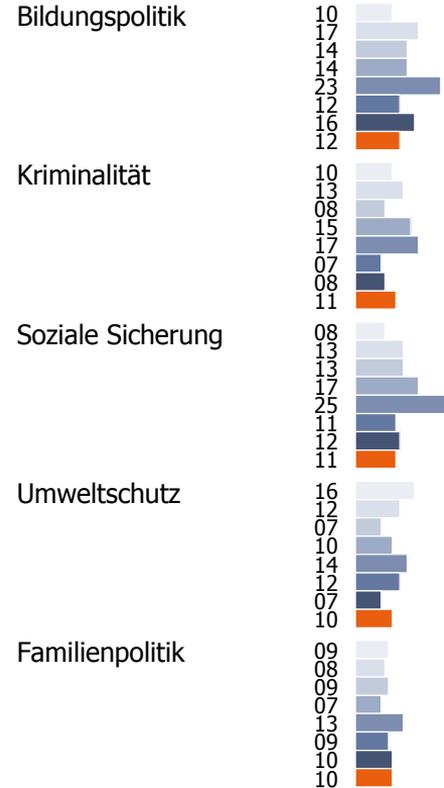
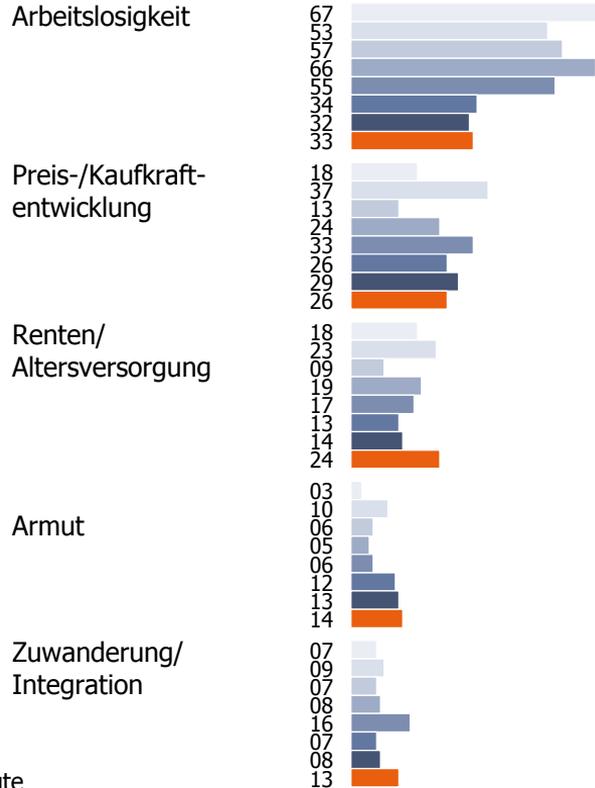
Nigeria – zentrale Ergebnisse (3)



Auch die **Bildungspolitik** beschäftigt die Menschen, 35% halten diese für verbesserungsbedürftig. Bei einer Analphabetenquote von 28% bei den Männern bzw. 50% bei den Frauen ist diese Sorge nicht überraschend. Das Bildungssystem weist einige Mängel auf: So kann etwa die Hälfte der Kinder im Schulalter keine Schule besuchen oder die Schulen befinden sich in einem sehr schlechten Zustand, da das Bildungssystem sich in ein schlecht ausgestattetes staatliches System - für das aber auch Kosten anfallen - und in ein für die allermeisten Nigerianer unbezahlbares privates System gliedert. Diese Mängel bei der Bildung drücken sich nicht zuletzt auch in dem 153. Rangplatz des weltweiten Human Development Index (HDI) der Vereinten Nationen aus - und sie bringen schwerwiegende soziale und wirtschaftliche Folgen für die Entwicklung des Landes mit sich.

Die Herausforderungen in Deutschland 2014 Gesamtbetrachtung Top 10

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

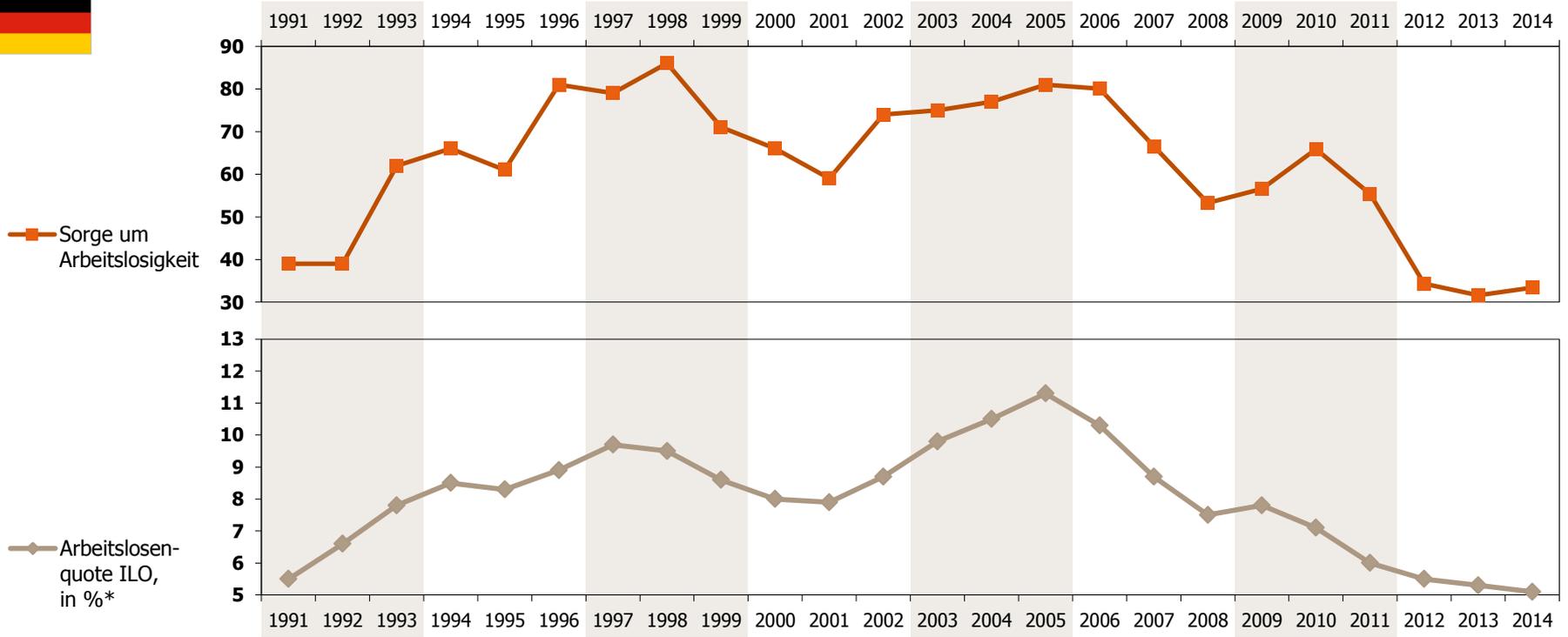


Nachrichtlich:
Gesundheitswesen: 10%
(2013: 7%)
Wirtschaftliche Stabilität:
10% (2013: 16%)

Basis 2014: 2.018 Befragte

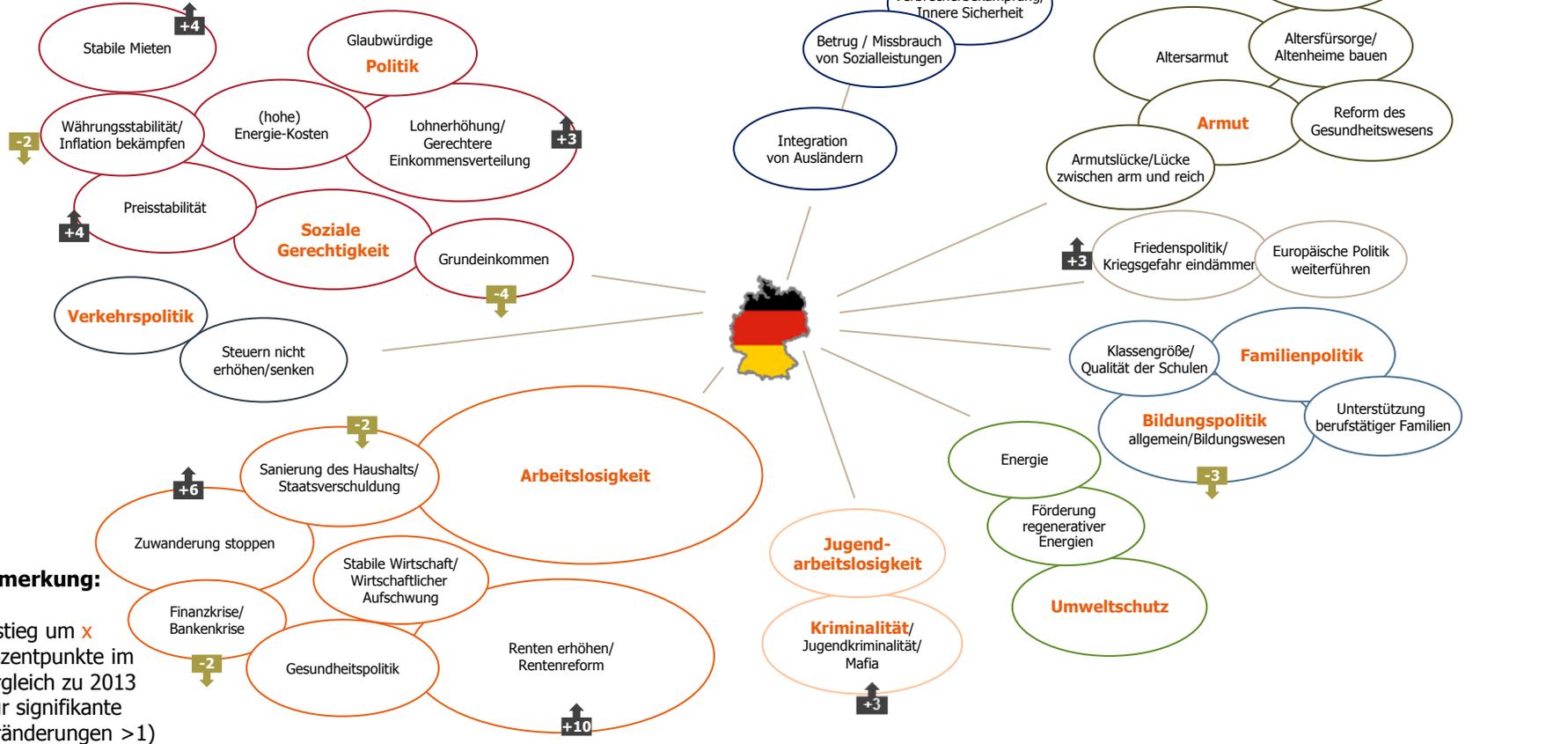
Arbeitslosigkeit in Deutschland 1991-2014, Platz 1: Gegenüberstellung von Besorgnis und Arbeitslosenquote

... % der Befragten nannten Arbeitslosigkeit als dringendste Aufgabe (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



*Quelle: OECD, Wert für 2014: Stand Februar 2014

Die Herausforderungen in Deutschland 2014 Analyse des „Semantischen Netzes“



Anmerkung:

Anstieg um x Prozentpunkte im Vergleich zu 2013 (nur signifikante Veränderungen >1)

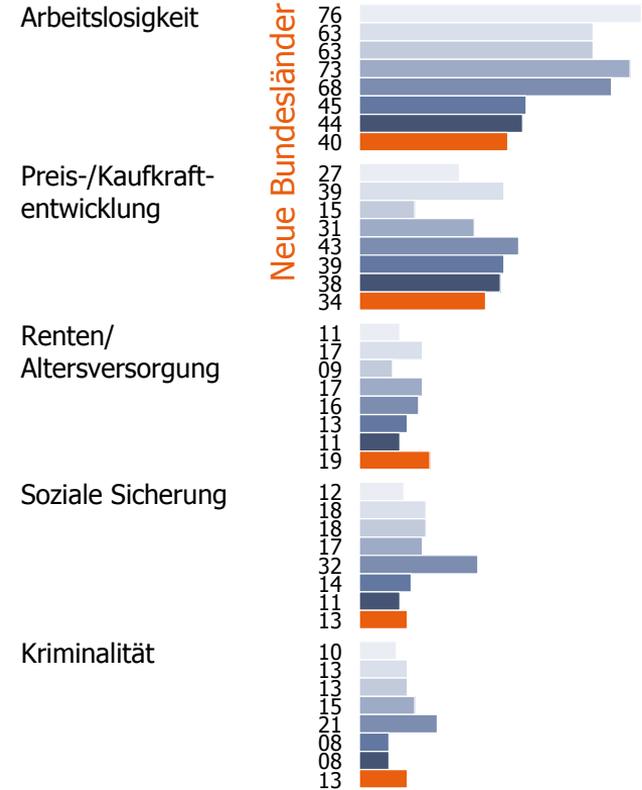
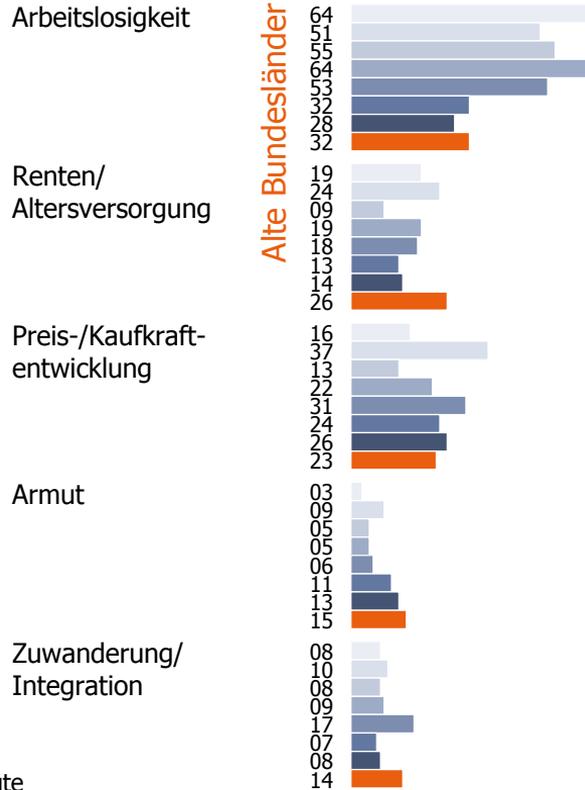
Die Herausforderungen in Deutschland 2014

Alte und neue Bundesländer Top 5

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2014: 2.018 Befragte

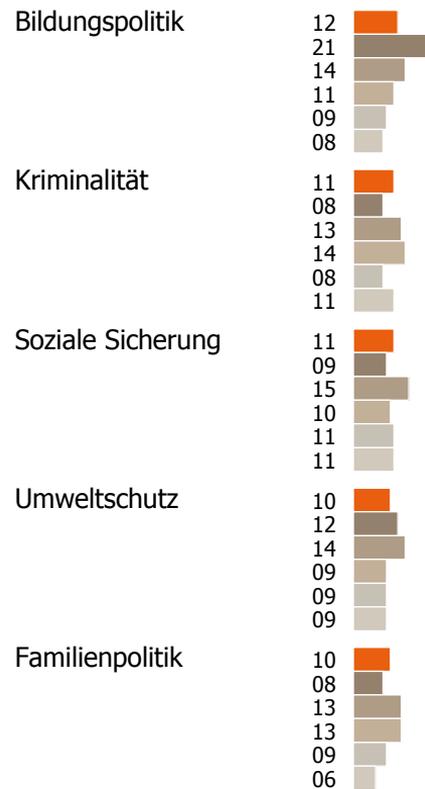
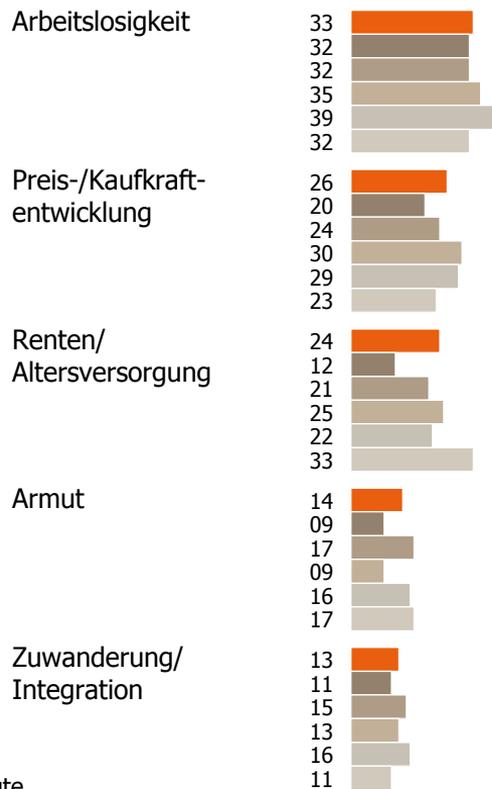


Die Herausforderungen in Deutschland 2014 Nach Lebenswelten Top 10

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



- Gesamt
- Studierende/
in Ausbildung
Befindliche
- Gehobene
soziale
Schichten
- Mittlere
soziale
Schichten
- Einfache
Lebenslage
- Ältere Männer
und Frauen
im Ruhestand



Basis 2014: 2.018 Befragte



Seit über 20 Jahren unangefochtener Spitzenreiter der deutschen Sorgenliste und auch in diesem Jahr die größte Herausforderung bleibt die **Arbeitslosigkeit**. Seit 2012 stagniert die Besorgnis aber weitgehend bei etwa 33%, einem für Deutschland niedrigen Niveau. Die Arbeitslosenquote war im Februar 2014 mit 5,1% der Erwerbsfähigen ebenfalls so niedrig wie seit über 20 Jahren nicht mehr: Waren laut OECD vor fünf Jahren, auch in der Folge der globalen Wirtschaftskrise, noch 7,8% Arbeitssuchende registriert, so ist dieser Anteil kontinuierlich auf 5,3% in 2013 zurückgegangen. Allerdings gibt es auch eine Kehrseite dieser Arbeitsmarktentwicklung. Hier ist einerseits die zunehmende Leiharbeit zu nennen. Zumal die Hälfte der Zeitarbeitsverhältnisse nur knapp drei Monate dauert. Andererseits nimmt die Zahl an Mini- und Midijobs zu. Die geringe Nachhaltigkeit dieser Beschäftigungsformen - denn eigentlich sollten sie ein Weg in die Festanstellung sein - und der im Vergleich zu Festangestellten deutlich geringere Verdienst gelten als Ursachen für einen Anstieg der Niedriglohnbeschäftigung und perspektivisch für Altersarmut.

Daher überrascht es kaum, dass auf Platz 2 mit 26% die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** liegt. Im Vergleich zu 2013 ist die Beunruhigung zwar um 3 Prozentpunkte zurückgegangen, bleibt aber ein Dauerbrenner, der seit 5 Jahren immer für rund ein Viertel der Deutschen ein dringend zu lösendes Problem darstellt. Die zentrale und zunehmende Forderung der Bürger ist dabei die Erhöhung der Löhne und eine gerechtere Einkommensverteilung. Im Jahr 2013 war die Reallohnentwicklung in Deutschland wieder negativ, da der Lohnanstieg um 1,3% die eigentlich moderate Inflationsrate von 1,5% nicht ausgleichen konnte. Hinzu kommt die Diskussion um die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50€ pro Stunde ab 2015, der inzwischen trotz kritischer Stimmen mit wenigen Ausnahmen beschlossen scheint. Für den gefühlten Preisanstieg spielt auch die Entwicklung der Energiepreise eine wichtige Rolle: Die durchschnittlichen Kosten, die ein Drei-Personen-Haushalt für Energie aufwenden muss, sind in den letzten 5 Jahren um gut 20% gestiegen. Dieser Anstieg ist auch auf eine höhere Umlage im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zurückzuführen.



Deutschland – zentrale Ergebnisse (2)

Die Energiewende in Deutschland ist in vollem Gange und trotz höherer Stromkosten wünschen in diesem Jahr 10% der Bürger, dass mehr für den **Umweltschutz** getan wird. Mit einem Anstieg um drei Prozentpunkte bedeutet das aktuell Position 9 der Sorgenliste.

Wieder an Brisanz gewonnen hat die Sorge der Deutschen um die **Renten** und die **Altersversorgung**. Mit einem Plus um 10 Prozentpunkte auf 24% hat sich dieses Thema vom fünften auf den dritten Rang geschoben. Die größere Besorgnis hängt – neben der Beunruhigung über die demografische Entwicklung und die Sicherheit der Renten – auch mit der Diskussion aktueller Veränderungen im Rentensystem zusammen: So wurden im Befragungszeitraum die sogenannte „Mütterrente“ und die abschlagsfreie Rente ab 63 Jahren nach 45 Beitragsjahren äußerst kontrovers diskutiert. Diese Maßnahmen werfen zugleich Fragen nach der Finanzierung und den Konsequenzen für die Alterssicherung der heutigen jungen Generation auf.

Entgegenwirken können diese Anpassungen künftig möglicherweise einem anderen Problem, das sich inzwischen unter den Top 10 Sorgen etabliert hat: In diesem Jahr machen sich 14% der Deutschen Gedanken über die **Armut**. Dabei zeigt sich eine seit 2010 steigende Tendenz, die diesem Thema derzeit Platz 4 beschert. Als ein Grund für die wachsende Beunruhigung kann die leicht gestiegene Armutsgefährdungsquote, also der Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter, der weniger als 60% des Medianeinkommens zur Verfügung hat, genannt werden. Im Jahr 2012 betrug dieser Anteil laut Statistischem Bundesamt 15,2%, 2006 waren es noch 14%.

Zwei weitere soziale Themen befinden sich dieses Jahr unter den deutschen Top 10: Das ist zum einen die Sorge um die **soziale Sicherung**. Mit 11% bleibt die Besorgnis nahezu stabil und belegt in diesem Jahr Rang 8. Zum anderen die Bedenken hinsichtlich der **Familienpolitik**, die sich ebenfalls stabil mit 10% auf Platz 10 befindet.



Deutschland – zentrale Ergebnisse (3)

Eine größere Herausforderung als noch im letzten Jahr sehen die Deutschen in der **Zuwanderung** bzw. der **Integration**, die nun mit 13% Platz 5 der Agenda belegt. Nachdem seit dem 1.1.2014 nun alle Staaten der EU-Osterweiterung die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit genießen, wurden in den Medien und der Politik Warnungen vor einem verstärkten Zuzug von Rumänen und Bulgaren nach Deutschland laut, der sogenannten „Armutszuwanderung“. Wochenlang wurde über die Folgen für Deutschland bzw. einzelne Städte und insbesondere die Sozialsysteme kontrovers diskutiert, was die Bevölkerung offenbar mit zunehmender Sorge erfüllt.

Auf Position 6 liegt mit 12% die Sorge um die **Bildungspolitik**. Hier ist im kurz- und mittelfristigen Vergleich eine Entspannung der Lage spürbar. Dies liegt wohl hauptsächlich daran, dass sich die Leistungen deutscher Schüler in der PISA-Studie verbessert haben, wodurch Deutschland nun im OECD-Vergleich einen Platz im oberen Mittelfeld einnimmt. Ein Kritikpunkt bleibt jedoch weiterhin die Abhängigkeit der Bildung vom sozioökonomischen Status der Eltern. Außerdem steht das

Schulsystem weiterhin auf dem Prüfstand. Es wird unter anderem über das „G8“, das achtjährige Gymnasium, diskutiert. Erst vor kurzem eingeführt, wurde in einigen Bundesländern - und zum Teil über Bürgerentscheide - bereits eine Rücknahme der Reform angestoßen, wobei verschiedene Modelle weiterhin diskutiert werden.

Die **Kriminalität** ist mit einem Anstieg um 3 Prozentpunkte wieder mehr in das Bewusstsein der Deutschen gerückt. 11% fordern in diesem Jahr eine verstärkte Verbrechensbekämpfung, das bedeutet Rang 7. Zwar sind die Kriminalitätsstatistiken insgesamt rückläufig, stark zugenommen hat allerdings die Internetkriminalität. In Verbindung mit der NSA-Ausspähaffäre fürchten die Bürger offenbar vermehrt die Schattenseiten des Internets. Außerdem nimmt laut Kriminalstatistik seit einigen Jahren die Zahl der Wohnungseinbrüche zu, von 2011 auf 2012 noch einmal um 8,7%. Ein solches Eindringen in die Privatsphäre schafft ein grundlegendes Gefühl von Unsicherheit.



Deutschland – zentrale Ergebnisse

Alte und neue Bundesländer im Vergleich

Der Vergleich der fünf wichtigsten Herausforderungen zwischen den neuen und den alten Bundesländern ergibt ein differenziertes Bild im Hinblick auf die genannten Themen und das Ausmaß der Besorgnis.

In beiden Regionen findet sich an der Spitze die **Arbeitslosigkeit** wieder. Allerdings ist die Besorgnis mit 40% im Osten weiterhin präsenter als im Westen mit 32%. Das lässt sich durch eine rund 4 Prozentpunkte höhere Arbeitslosenquote im Osten erklären. Die Entwicklung der Besorgnis ist ebenfalls unterschiedlich: Im Westen wächst die Beunruhigung um 4 Prozentpunkte, im Osten nimmt sie dagegen ab.

Auf Platz 2 rangiert im Osten die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** mit 34%. Im Westen liegt dieses Thema mit 23% nur an dritter Stelle. Bei der Sorge um die **Alterssicherung** ist die Reihenfolge umgekehrt. Diese belegt in den alten Bundesländern Rang 2 mit 26% und in den neuen Ländern Platz 3 mit 19%.

Ab Platz 4 unterscheiden sich die Landesteile und weisen im Vergleich zum Vorjahr größere Unterschiede in den Prioritäten auf:

Die Sorge über die **Zuwanderung** bzw. die **Integration**, die im Westen mit 14% auf dem vierten Rang liegt, spielt im Osten nur eine sehr untergeordnete Rolle (Rang 14). Überraschend ist, dass die **Armut** mit 15% im Westen auf dem vierten Platz liegt und im strukturschwächeren Osten nur auf dem achten Platz – der absolute Abstand beträgt jedoch nur 4 Prozentpunkte.

Anders sieht auch die Reihenfolge im Osten aus: Hier liegt auf dem vierten Platz der Themenkomplex rund um die **soziale Sicherung**. Den fünften Rang belegt die Forderung nach verstärkter Bekämpfung der **Kriminalität**. Auf beide Themenfelder entfallen jeweils 13% der Nennungen.



Deutschland – zentrale Ergebnisse Lebenswelten im Vergleich

Getrennt nach Lebenswelten zeigen sich Unterschiede bei der Wahrnehmung der Themen – an mancher Stelle aber auch Einigkeit. Auslöser hierfür ist meistens die Lebenssituation der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Die **Arbeitslosigkeit** betrachten mit Ausnahme der Rentner alle Lebenswelten als die größte Herausforderung in Deutschland. Erwartungsgemäß sorgen sich diejenigen, die am meisten davon betroffen sind, auch am meisten darum, nämlich die Bürger in einfacher Lebenslage.

Auf Platz 2 befindet sich die Sorge um die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** mit einem Durchschnitt von 26% der Nennungen. Dieses Problem ist für Menschen im erwerbsfähigen Alter wichtiger als für Menschen in Ausbildung oder im Rentenalter und gewinnt mit sinkendem Einkommen verständlicherweise an Bedeutung.

Die Sorge um die **Renten** und die **Altersversorgung** belegt insgesamt Rang 3, für die älteren Männer und Frauen im Ruhestand stellt sie jedoch das größte genannte Problem dar (33%). Erwartungsgemäß sorgen sich Studenten und Auszubildende (12%) weit weniger um die Alterssicherung, die für

sie noch weit in der Zukunft liegt.

Die Sorge um die **Armut** findet sich mit 14% auf Position 4 wieder, wobei sowohl bei Personen aus gehobener Schicht, die Armut persönlich eher weniger betrifft, als auch bei den eher betroffenen Menschen in einfacher Lebenslage und bei Rentnern die Besorgnis am größten ist.

Um die **Zuwanderung** und die **Integration** sorgen sich insgesamt 13% der Deutschen. Sowohl die gehobenen als auch die einfachen sozialen Schichten äußern hier etwas mehr Bedenken.

Die **Bildungspolitik** ist für Studierende und Personen in Ausbildung nach der Arbeitslosigkeit die größte Herausforderung (21%), die es zu lösen gilt. Die Beunruhigung nimmt dabei mit zunehmendem Alter ab.

Menschen aus gehobener sozialer Schicht machen sich etwas mehr Gedanken und nennen im Durchschnitt etwas mehr Herausforderungen, die es zu lösen gilt, nämlich 2,8 Antworten pro Person. Studierende bzw. Auszubildende sehen mit durchschnittlich 2,4 Nennungen pro Person (noch) etwas weniger Handlungsbedarf.



Deutschland – zentrale Ergebnisse Semantisches Netz

Für die deutschen Ergebnisse wurde wieder das semantische Netz anhand einer Clusteranalyse ermittelt. In der Grafik lassen sich **vier verschiedene Informationen** ablesen:

- Die Größe der Ellipsen gibt an, wie häufig ein Problem genannt wird.
- Der Abstand vom Mittelpunkt gibt an, wann ein Thema genannt wurde. Wenn also eine „Ellipse“ nahe an der Mitte liegt, wird dieses Thema häufig zuerst genannt.
- Die Themen, die an einer Linie vom Mittelpunkt aus liegen und die sich überlappen bzw. zusammengehören, werden häufig zusammen genannt – sie bilden also eine gemeinsame Sorgenwelt.
- Ein Pfeil nach oben oder unten gibt an, ob die Relevanz eines Themas gegenüber 2013 signifikant gestiegen oder gesunken ist.

Es lassen sich verschiedene Sorgenwelten beschreiben. Die **Arbeitslosigkeit** wird häufig im Zusammenhang mit der Staatsverschuldung sowie der Stabilität der Wirtschaft genannt und lässt sich links unten finden. In diesem Kontext werden

besonders häufig – und deutlich öfter als noch 2013 – auch die Renten und die Zuwanderung thematisiert.

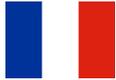
Links oben gibt es eine weitere große Sorgenwelt, die sich unter den Stichworten **soziale Gerechtigkeit, Einkommen und Preise** zusammenfassen lässt. Neu ist hier der Aspekt der Stabilität: Angesprochen werden eine stabile Währung, stabile Preise und stabile Mieten.

Im Uhrzeigersinn weiter rechts befindet sich eine Sorgenwelt, rund um das Thema **Armut**, in welcher der Begriff „Alter“ eine große Rolle spielt. Erstmals in diesem Zusammenhang taucht das Thema Steuerhinterziehung auf, was sicherlich auch an einigen sehr prominenten Fällen liegt.

Im weiteren Verlauf sind neben einigen kleineren Feldern die Sorgenwelten rund um die **Familien- und Bildungspolitik**, den **Umweltschutz** und die **Kriminalität** bzw. die Jugendkriminalität identifizierbar.

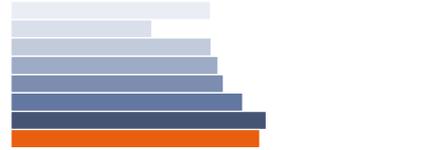
Die Herausforderungen in Frankreich 2014

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Frankreich zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Arbeitslosigkeit

54
54
54
56
57
63
69
67



Preis-/Kaufkraftentwicklung

19
49
51
26
27
34
21
23



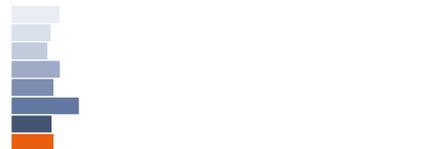
Kriminalität

24
15
06
16
22
10
10
18



Wohnungsprobleme/
Miet-/Immobilienpreise

13
11
10
10
13
12
19
11
12



Steuerpolitik

02
01
03
04
05
06
05
11



Renten/
Altersversorgung

07
09
09
13
12
08
08
10



Wirtschaftliche
Stabilität

03
02
13
09
06
12
14
09



Gesundheitswesen

06
07
07
05
09
05
07
09



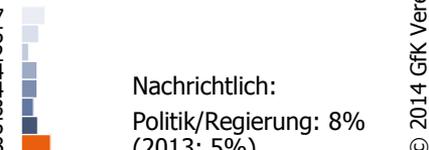
Soziale Sicherung

06
07
09
04
06
06
07
09



Zuwanderung/
Integration

07
05
02
04
04
03
05
08



Basis 2014: 1.015 Befragte

Nachrichtlich:
Politik/Regierung: 8%
(2013: 5%)

Frankreich – zentrale Ergebnisse (1)

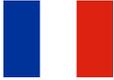


Im Jahr 2014 stellt die Bekämpfung der **Arbeitslosigkeit** weiterhin das wichtigste Anliegen der Franzosen dar. Zwar ist die Besorgnis seit letztem Jahr leicht um 2 Prozentpunkte zurückgegangen, seit 2008 ist aber ein kontinuierlicher Anstieg festzustellen. Die tatsächliche Arbeitsmarktsituation bestätigt dies: Seit 2011 ist die Arbeitslosenquote stetig angestiegen, von 9,2% auf 9,8% im Jahr 2012. Laut OECD waren 2013 10,3% der erwerbsfähigen Franzosen ohne Job. Damit sind derzeit mit mehr als 3,3 Mio. Arbeitslosen so viele Menschen in Frankreich arbeitslos wie noch nie. Somit hat Präsident Hollande sein Wahlversprechen nicht eingelöst, denn eigentlich wollte er bis Dezember 2013 die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt herbeiführen. Es wird sich zeigen, wie die ab 2014 geplanten Reformen wirken werden. Der Sozialist Hollande hat der Wirtschaft einen „Pakt der Verantwortung“ angeboten, mit dem Unternehmen um Sozialabgaben in Höhe von rund 30 Milliarden Euro entlastet werden sollen, im Gegenzug aber Zielvorgaben bei der Schaffung von Arbeitsplätzen erfüllen müssen. Möglicherweise hat diese als Abkehr von einer sozialistischen Politik gewertete Reform auch dazu beigetragen, die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** etwas zu verringern: Die Beunruhigung darüber ist von 14% auf

9% in 2014 gesunken, das bedeutet Position 7 in diesem Jahr. Das BIP ist im letzten Jahr laut Eurostat aber real nur um 0,2% gewachsen.

Die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** beschäftigt in diesem Jahr 23% der Franzosen, das Thema liegt somit auf dem zweiten Platz. Im Vergleich zu 2013 hat die Besorgnis um zwei Prozentpunkte zugenommen, liegt jedoch deutlich unter den bisherigen Höchstwerten in den Jahren 2008 und 2009, als jeder zweite Franzose beunruhigt war. Laut Eurostat sind die Preise auch in Frankreich 2013 nur um 1% gestiegen. Zumindest im unteren Einkommensbereich gleicht die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns im Januar 2014 um 10 Cent auf 9,53 Euro die Teuerung aus. Zahlreiche Unternehmen nehmen die schlechte ökonomische Situation derzeit als Begründung, um Lohn erhöhungen auszusetzen. Darüber hinaus sorgen sich die französischen Bürger traditionell auch weniger um die Preise als um die Kaufkraft. So auch in diesem Jahr: Mehr als die Hälfte der Antworten beziehen sich auf die Themen Kaufkraft und erhöhte Lebenshaltungskosten. Das könnte mit der **Steuerpolitik** zusammenhängen, die den fünften Platz des Sorgenrankings belegt.

Frankreich – zentrale Ergebnisse (2)



Die **Steuerpolitik** ist mit 11% in diesem Jahr deutlich stärker in den Fokus gerückt. Neben Änderungen bei der Einkommenssteuer – eine „Reichensteuer“ wurde eingeführt und Steuervergünstigungen wurden gestrichen – dürfte dies wohl damit zusammenhängen, dass die Menschen aufgrund der Erhöhung der Mehrwertsteuer Anfang 2014 einen realen Kaufkraftverlust befürchten. Zwar blieben die reduzierten Steuersätze für Grundnahrungsmittel, Energie, Presseerzeugnisse und Medikamente unangetastet, doch der Normalsatz wurde von 19,6% auf 20% angehoben. Am stärksten stieg der Steuersatz für Restaurants und Cafés, nämlich von 7% auf 10%, und berührt damit einen Kernbereich des „savoir vivre“.

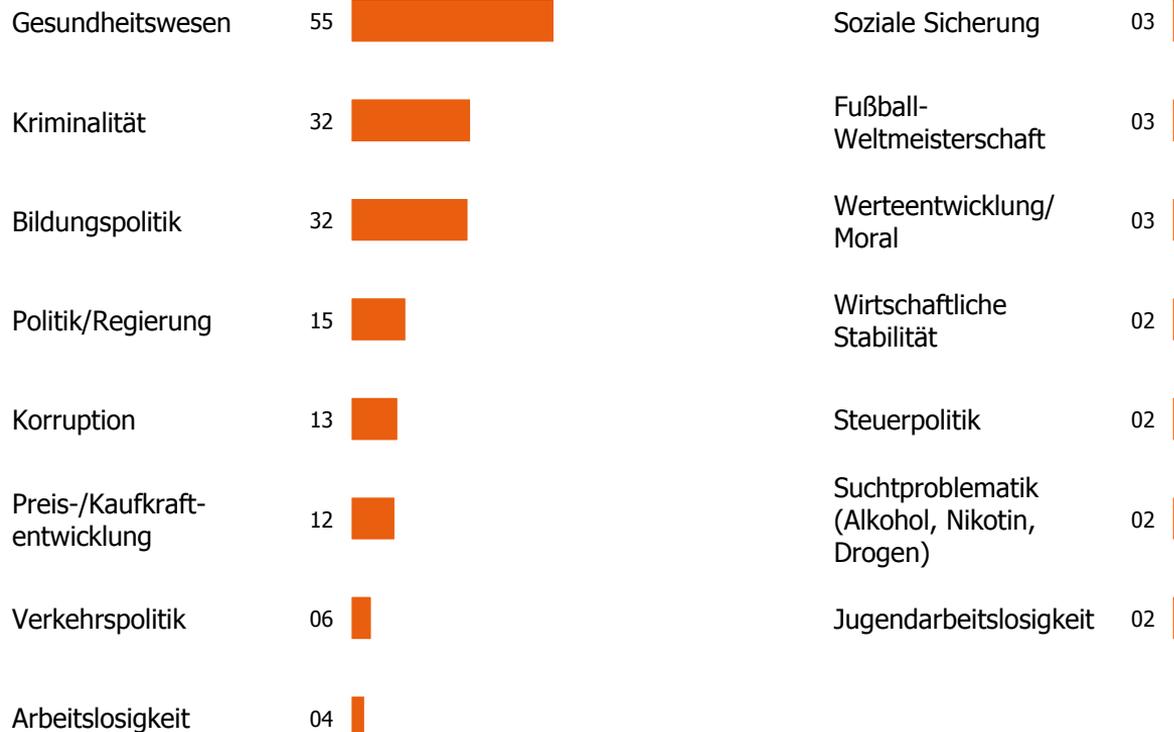
Einen Anstieg um acht Prozentpunkte auf 18% hat die Sorge über die **Kriminalität** zu verbuchen, was einen Sprung auf den dritten Platz in diesem Jahr bedeutet. Dies könnte daran liegen, dass Frankreichs zweitgrößte Stadt Marseille 2013 nicht nur als Kulturhauptstadt Europas, sondern auch als Hauptstadt des organisierten Verbrechens in die Schlagzeilen geraten ist. Dementsprechend ist in den Regionen am Mittelmeer die Besorgnis im Vergleich zu Frankreich insgesamt doppelt so hoch.

Medial verbreitet werden hauptsächlich spektakuläre Fälle, das dürfte die Wahrnehmung dieses Themas in der Öffentlichkeit verstärkt haben. Hinzu kommt, dass auch im Wahlkampf für die Kommunalwahl im März 2014 die Kriminalität thematisiert wurde, besonders von der im Süden (Midi) erfolgreichen Front National.

Nach dem starken Rückgang im Vorjahr ist das Ausmaß der Besorgnis über das **Wohnungsproblem** und die **Miet- bzw. Immobilienpreise** mit einem Anstieg von einem Prozentpunkt auf 12% aktuell stabil geblieben. Trotzdem befindet sich das Thema immer noch auf Platz 4 der französischen Rangliste. Ein Grund hierfür ist wohl der Wohnungsmangel, der auch zu steigenden Preisen für Immobilien geführt hat. In den Boom-Jahren 2003 bis 2007 wurden Preisanstiege von etwa 12% jährlich verzeichnet; zuletzt sind die Immobilienpreise aber wieder etwas zurückgegangen. Das Preisniveau ist regional jedoch sehr unterschiedlich: Am höchsten ist es im Großraum Paris, wo sich auch knapp ein Viertel der Einwohner besorgt zeigt, deutlich mehr als noch 2013. Dort sind Immobilien für viele Bürger inzwischen kaum noch bezahlbar.

Die Herausforderungen in Brasilien 2014 – Top 15

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Brasilien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Nachrichtlich:
Armut: 2%

Brasilien – zentrale Ergebnisse (1)



Mit Brasilien ist ein Land erstmals in den Challenges of the Nations vertreten, das nicht nur als aufstrebende Wirtschaftsmacht im Kontext der BRIC-Staaten internationale Aufmerksamkeit genießt, sondern auch durch Sportveranstaltungen in den Fokus rückt. So fand im letzten Jahr der Confederations Cup in Brasilien statt, 2016 kommen die Olympischen Sommerspiele nach Rio de Janeiro und aktuell wird die Fußball-Weltmeisterschaft dort ausgetragen. Diese Großveranstaltungen sorgen für Aufruhr, obwohl nur 3% der Bürger ganz explizit die **Fußball-Weltmeisterschaft** als Herausforderung nennen. Während des Confederations Cups im Juni 2013 protestierten Hunderttausende gegen die Regierung. Auslöser war eine Fahrpreiserhöhung im öffentlichen Nahverkehr von São Paulo, unter anderem zur Finanzierung der sportlichen Großereignisse. Die Proteste richteten sich zum einen gegen die ausufernden Kosten dafür - der Umbau des Maracanã-Stadions in Rio wird statt der geplanten knapp 230 Mio. € mehr als 400 Mio. € verschlingen - zum anderen aber gegen die Korruption sowie Mängel im Bildungs- und Gesundheitssystem.

Das **Gesundheitswesen** stellt dann auch mit 55% die größte Sorge der Brasilianer dar. Das staatliche Gesundheitssystem (SUS) scheint wenig effizient zu sein, auch weil ein Teil des Budgets durch Korruption verschwindet. Ebenso werden zum Teil teure und überflüssige Investitionen getätigt, etwa der Bau von Krankenhäusern ohne entsprechende Betriebserlaubnis oder die Anschaffung von Medizintechnik ohne die Mittel für Installation, Wartung oder geschultes Personal. Der vom brasilianischen Rechnungshof TCU belegte Fachkräftemangel ist offenbar auch für viele Befragte eine dringend zu lösende Aufgabe. 17% fordern explizit mehr **Krankenschwestern und Ärzte**. Insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Regionen besteht eine Unterversorgung, denn auf 1000 Einwohner kommt im Schnitt nur ein Mediziner. Die Regierung versucht mit dem Programm „Mais Medicos“ entgegenzuwirken, indem Ärzte aus dem Ausland, vor allem aus Kuba, angeworben werden. Auch im Hinblick auf die langen Wartezeiten auf eine Behandlung scheinen Verbesserungen notwendig. Das beklagen explizit immerhin 14% der Befragten. Die Regierung hat Reformen angekündigt und im Haushalt 2014 mehr Finanzmittel für das Gesundheitswesen vorgesehen.

Brasilien – zentrale Ergebnisse (2)



Auf dem zweiten Rang findet sich mit 32% die Sorge über die **Kriminalität**. Diese ist in Form von Drogendelikten, Überfällen und Gewaltverbrechen weit verbreitet und schwappt inzwischen von den Metropolen auch in kleinere Städte – in Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs – über. Doch weiterhin ist vor allem in den Großstädten, und dort in den sogenannten Favelas, die Kriminalitätsrate hoch. Allein in Rio de Janeiro werden jedes Jahr etwa 4.000 Menschen ermordet. Nun werden zur Weltmeisterschaft 2014 Tausende internationale Besucher erwartet, deren Sicherheit garantiert werden muss – und die Favelas sind zum Teil nur ein paar Schritte von den sicheren Bereichen entfernt oder liegen an wichtigen Verkehrsachsen für den Transport der Fußball-Fans. Die Militärpolizei versucht – auch schon lange vor dem Jahr der Weltmeisterschaft – mit teilweise umstrittenen Besetzungsaktionen, die Brennpunkte der Gewalt zu „befrieden“, gerät dabei aber zunehmend selbst ins Visier der Kriminellen.

Ebenfalls 32% der Nennungen entfallen auf die **Bildungspolitik**, die damit Rang 3 belegt. Gerade zwischen Stadt und Land, reichen und armen Bundesstaaten sowie privaten und

öffentlichen Schulen ist in den vergangenen Jahren ein deutliches Qualitätsgefälle entstanden. Die Klassen sind zu groß und die Vorbereitung auf die höhere Bildung ist unzureichend, da die Aufnahmetests für die öffentlichen Hochschulen oftmals nur für Absolventen der privaten Schulen, die Schulgeld kosten, zu bewältigen sind. Zwar versucht die Regierung, die Chancen begabter Schüler aus ärmeren Elternhäusern zu verbessern, doch passiert dies eher über Zulassungsquoten als über eine Verbesserung der öffentlichen Schulen. Dort fehlen Stühle, Tische und Bücher und die Schulgebäude sind vielfach marode. Zudem sind die Lehrer unterbezahlt und die Gehälter werden kaum an die steigenden Preise angepasst. Die Folgen dieser Bildungspolitik schlagen sich auch in einer Analphabeten Quote von ca. 20% und in einer schlechten Platzierung in der Pisa-Studie nieder. Im Zuge der bereits erwähnten Proteste im Juni 2013 hat das brasilianische Parlament jedoch beschlossen, dass zukünftig drei Viertel der Einnahmen aus Erdölverkäufen in das Bildungswesen investiert werden sollen.

Brasilien – zentrale Ergebnisse (3)



Beunruhigt sind die Brasilianer auch über die Entwicklung der **Preise** bzw. der **Kaufkraft**. Eine Besorgnis von 12% bedeutet Platz 6. Vor allem beschäftigt die Befragten in diesem Punkt die schlechte Bezahlung von öffentlich Bediensteten, z.B. Ärzten oder Lehrern; auf diesen Sachverhalt weisen explizit 10% der Befragten hin. Die seit mehreren Jahren konstant hohe Inflation von über 5% ist für die Befragten mit weniger als 1% der Nennungen dagegen kaum ein Thema.

Auf Position 5 der Sorgenliste befindet sich mit 13% die **Korruption**. Laut *Transparency International* wird mit einem CPI von 42 Punkten Korruption deutlich wahrgenommen. Das Thema gewinnt aber sicher auch durch das erneute Aufrollen des Bestechungsskandals „Mensalão“ an Brisanz. In den Jahren 2003 bis 2008 wurden unter der Regierung von Ex-Präsident Lula da Silva systematisch Parlamentarier bestochen, um eine Unterstützung der Regierung sicherzustellen. 25 Unternehmer, Abgeordnete und Parteifunktionäre wurden später zu langen Haftstrafen verurteilt. Im Herbst 2013 beschloss der Oberste Gerichtshof mit knapper Mehrheit, dass bestimmte Straftatbestände neu

verhandelt werden, was für einige Verurteilte zu deutlich mildereren Strafen führen könnte. In den Medien wurde die Entscheidung mit der Aussage kommentiert, die Mächtigen dürften nicht über dem Gesetz stehen.

In Anbetracht der massiven Proteste und der Korruption ist es wenig überraschend, dass die Kritik an der **Politik** und der **Regierung** groß ist: 15% nennen diesen Problempunkt, das bedeutet Platz 4 auf der Agenda. 2014 finden in Brasilien Wahlen statt. Die Zufriedenheit mit der Regierung ist zwar im Vergleich zu dem Zeitpunkt der Demonstrationen im Jahr 2013 zunächst merklich gesunken, aber mittlerweile ist wieder eine steigende Zustimmung zur Regierung zu beobachten. Trotz aller Kritikpunkte gilt die Wiederwahl von Präsidentin Rousseff zum jetzigen Zeitpunkt aber als relativ sicher.

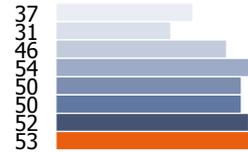
Mit 2,4 genannten **Sorgen** liegt Brasilien im internationalen Vergleich im oberen Viertel des Sorgen-Rankings, dessen Durchschnitt bei 2,0 geäußerten Problemen liegt.

Die Herausforderungen in Italien 2014

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Italien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Arbeitslosigkeit



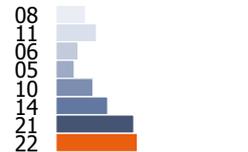
Wirtschaftliche Stabilität



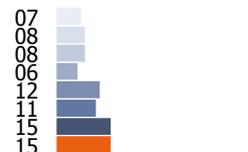
Politik/Regierung



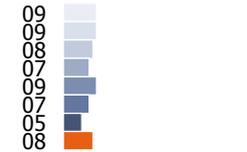
Steuerpolitik



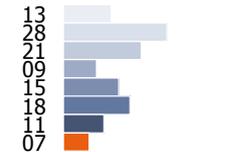
Jugendarbeitslosigkeit



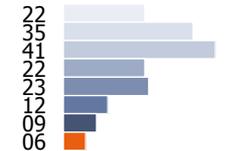
Renten/
Altersversorgung



Preis-/Kaufkraft-
entwicklung



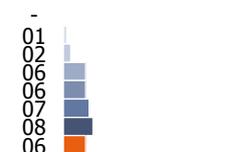
Kriminalität



Gesundheitswesen



Korruption



Basis 2014: 1.025 Befragte



Italien – zentrale Ergebnisse (1)

Sowohl die zehn größten Sorgen der italienischen Bevölkerung als auch die Rangfolge der Probleme unter den Top 10 bleiben 2014 unverändert – mit einer Ausnahme: Die Sorge um die **Renten** und die **Altersversorgung** rückt von Rang zehn nach vorne auf Rang sechs.

Ebenfalls unverändert an erster Stelle steht weiterhin mit 53% die Sorge um die **Arbeitslosigkeit**. Damit sieht seit fünf Jahren jeweils mindestens die Hälfte der Italiener Handlungsbedarf bei der Situation auf dem Arbeitsmarkt. 2013 waren laut OECD 12,2% der Erwerbsfähigen arbeitslos, im Februar 2014 ist der Anteil dann noch einmal auf 13,0% gestiegen. Seit die Arbeitslosenquote in 2007 mit 6,1% einen Tiefstand erreicht hatte, ist sie seither wieder kontinuierlich angestiegen und hat sich somit verdoppelt. Am deutlichsten zeichnet sich die Problematik der Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen ab: So waren 2013 laut OECD 40,0% der 15- bis 24-jährigen Erwerbspersonen von Arbeitslosigkeit betroffen und im vierten Quartal lag dieser Anteil sogar bei 41,8%. Vor der globalen Wirtschaftskrise (2007) waren es nur 20,3% gewesen. Dass das Thema **Jugendarbeitslosigkeit** vielen Bürgern Sorge bereitet, ist also nachvollziehbar und

spiegelt sich auch in der Platzierung wider: Es rangiert mit 15% an fünfter Stelle und erreicht damit das bisher größte Ausmaß in den letzten sieben Jahren.

In einem engen Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt steht die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** im Land. Eurostat gab für 2012 einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von -2,4% bekannt. Der für 2013 prognostizierte Rückgang des BIP von 1 Prozent wurde mit einem Minus von 1,9% sogar noch übertroffen. Im Vergleich zu 2007 hat Italien, die drittgrößte Volkswirtschaft der Eurozone, rund 10% seiner Wirtschaftsleistung und sogar 20% der Industrieproduktion eingebüßt. Ein Grund für diese Entwicklung dürfte wohl auch in der rigiden Sparpolitik der letzten Jahre liegen, die zwar im Hinblick auf eine rückläufige Neuverschuldung bereits Früchte trägt, jedoch auch einen negativen Effekt auf die wirtschaftliche Leistung mit sich bringt. Dementsprechend bleibt die **Besorgnis über die ökonomische Entwicklung** mit 30% in etwa so groß wie in den letzten beiden Jahren und nimmt auch in 2014 den zweiten Platz der Sorgenliste ein.



Italien – zentrale Ergebnisse (2)

Turbulenzen in der **Politik**, vor allem bei der **Regierung**, treten in Italien häufig auf, auch aktuell während des Erhebungszeitraums: Nach weniger als einem Jahr wurde Ministerpräsident Letta innerparteilich „abgelöst“, genauer gesagt übernahm der junge ehemalige Bürgermeister von Florenz, Renzi, in einer Art „Palastrevolution“ das Amt des Ministerpräsidenten. Einen Sturzversuch hatte die Regierung Lettas bereits erfolgreich überstanden: So verursachte im Oktober 2013 der ehemalige Ministerpräsident Berlusconi eine Krise, um der Verurteilung wegen Steuerhinterziehung und dem Verlust seines Senatsitzes zu entgehen. Bereits die Regierungsbildung 2013 hatte sich lange hingezogen, so dass Präsident Napolitano alle beteiligten Parteien zur Vernunft ermahnen musste. Sicherlich tragen diese Ereignisse zur Beunruhigung der Bürger bei. Bereits im letzten Jahr war die Besorgnis sprunghaft auf 22% angestiegen. 2014 äußern 25% ihren Unmut über die politische Führung, das bedeutet aktuell Platz 3. Für Premier Renzi bleiben viele ungelöste Aufgaben, neben dem wirtschaftlichen Aufschwung etwa auch eine Reform des Arbeitsmarktes und des Steuerrechts.

Das Thema **Steuerpolitik** auf dem vierten Platz hatte im letzten Jahr bereits an Brisanz gewonnen und bleibt mit 22% auf diesem hohen Niveau. Die Steuerhinterziehung stellt ein gravierendes Problem des Landes dar, auch wenn das nicht alle Italiener so sehen. Das Tricksen bei der Steuer wird in Italien bewundert und auch führende Persönlichkeiten leben mangelnde Solidarität vor. Ein Beispiel dafür ist Ex-Regierungschef Berlusconi, der seine Strafe wegen Steuerhinterziehung aufgrund seines Alters nicht im Gefängnis verbüßen muss, sondern stattdessen Sozialdienst leisten kann. Steuerbetrug soll zukünftig mit härteren Strafen bekämpft werden, was sich für den Staat finanziell lohnen dürfte, denn Schätzungen zufolge gehen dem Staatshaushalt jedes Jahr etwa 130 Milliarden Euro verloren. Doch auch die Steuerlast wird als zu hoch empfunden. Dazu wurden von Premier Renzi bereits Reformen angestoßen, die Bürger mit mittlerem und geringem Einkommen ab 1. Mai Steuerentlastungen von ca. 10 Milliarden Euro versprechen. Die Finanzierung soll durch den Sparkurs und die inzwischen günstigeren Kredite an den Finanzmärkten erfolgen.

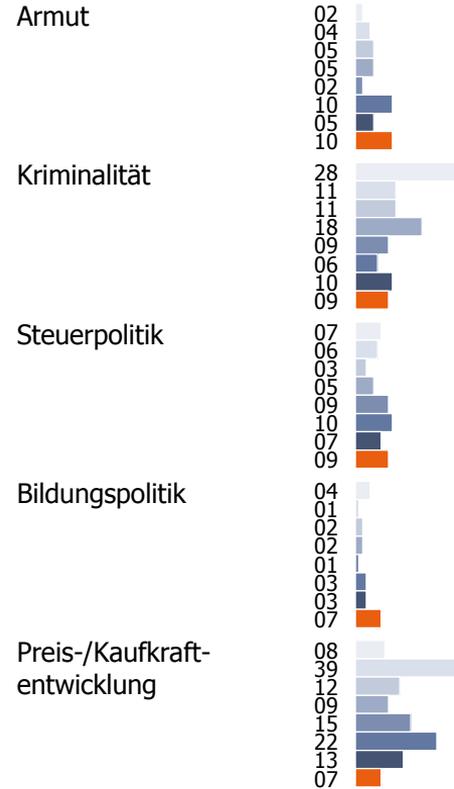
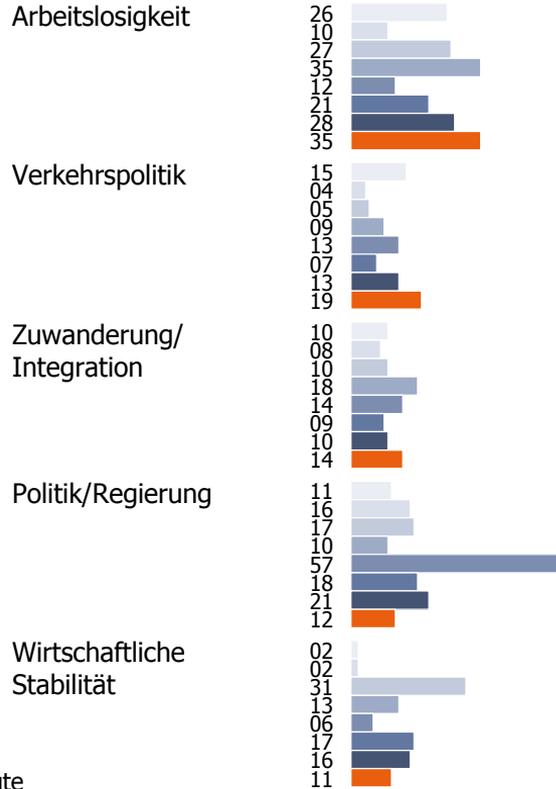
Italien – zentrale Ergebnisse (3)



Mit **2,2 genannten Sorgen** liegt Italien im internationalen Vergleich im oberen Drittel des Sorgen-Rankings, dessen Durchschnitt bei 2,0 geäußerten Problemen liegt.

Die Herausforderungen in Belgien 2014

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Belgien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2014: 1.023 Befragte

Belgien – zentrale Ergebnisse (1)



Das Thema **Arbeitslosigkeit** führt auch in diesem Jahr die Sorgenliste der Belgier an. Mit einem Zuwachs von 7 Prozentpunkten zeigen sich aktuell 35% der Belgier über die Lage am Arbeitsmarkt beunruhigt. Schon 2010 erreichte die Besorgnis einmal diesen Höchstwert. Damals kletterte laut OECD die Arbeitslosenquote in Folge der Wirtschaftskrise auf 8,3%. 2011 hatte sich der Arbeitsmarkt zwar erholt, seitdem ist die Arbeitslosigkeit aber wieder kontinuierlich angestiegen und erreichte im Jahresdurchschnitt 2013 8,5%. Ein noch höherer Wert wurde zuletzt Ende der 1990er Jahre gemessen. Regional gibt es große Unterschiede, so kam es beispielsweise 2013 in der Wallonie zu Massenentlassungen bei den Stahlherstellern ArcelorMittal und NLMK und beim Baumaschinenhersteller Caterpillar. Und nach den Werkschließungen von GM/Opel und Renault schließt Ende 2014 auch das Ford-Werk in Genk. Entspannung auf dem Arbeitsmarkt ist folglich nicht in Sicht, was sich in einer unverändert hohen Arbeitslosenquote von 8,5% zu Jahresbeginn 2014 niederschlägt.

Positiver als im letzten Jahr bewerten die Belgier dagegen die **wirtschaftliche Stabilität**. Aktuell sieht nur noch jeder Zehnte das Thema als wichtige Aufgabe, in den beiden Jahren

zuvor zeigte sich noch circa jeder Sechste besorgt. Damit ist die Besorgnis um 5 Prozentpunkte gesunken und liegt nun auf Platz 5. Tatsächlich verzeichnete das Wirtschaftswachstum in 2013 laut Daten von Eurostat wieder einen Anstieg um 0,2% zum Vorjahr. Für 2014 rechnet die EU-Kommission mit einem Wachstum von 1,4%. Ob diese Prognose Bestand hat, wird sich zeigen, da eine Studie der OECD Ende 2013 ergeben hat, dass Belgien das Land in der OECD mit der zweithöchsten Steuer- und Abgabenquote direkt hinter Dänemark ist. Somit gehen rund 45% des BIP direkt an den Staat, was einige Wirtschaftsexperten als mögliches Hindernis für ein Wirtschaftswachstum ansehen.

Eng mit diesen beiden Themen verknüpft ist die **Armut**, die mit 10% den sechsten Rang belegt. Nach Angaben von Eurostat lag der Anteil der von Armut bedrohten Personen in Belgien 2012 bei 15%. Dass Armut im Land ein Thema ist, zeigt auch die Arbeit des belgischen Netzwerks zur Armutsbekämpfung, ein Zusammenschluss verschiedener Sozialorganisationen. Mitte Januar 2014 initiierte die EU in Brüssel eine europäische ‚Peer Review‘, die sich stark am belgischen Konzept orientierte, um auch auf europäischer Ebene Politikempfehlungen dazu zu erarbeiten.



Belgien – zentrale Ergebnisse (2)

Einen spürbaren Bedeutungszuwachs verzeichnet auch die **Verkehrspolitik** mit einem Anstieg von 6 Prozentpunkten auf den bisher höchsten gemessenen Wert von nun 19%. Damit belegt das Thema erstmals den zweiten Platz im Sorgenranking. Der Verkehrsinformationsdienst Inrix hat Anfang März – knapp vor Ende der Befragung – eine Untersuchung veröffentlicht, nach der die belgische Bevölkerung unter allen Europäern am meisten Zeit im Stau verbringt: Im Durchschnitt stehen Autofahrer hier 58 Stunden pro Jahr im Stau und Brüssel ist mit 83 Stunden je Autofahrer und Jahr absoluter Spitzenreiter unter Europas Großstädten, gefolgt von London und Antwerpen. Es verwundert also kaum, dass im Wahlkampf zu den Parlamentswahlen im Mai 2014 das Thema Mobilität vermehrt aufgegriffen wurde, was auch zu der stärkeren Sensibilisierung der Bevölkerung hinsichtlich dieses Problems beigetragen haben dürfte.

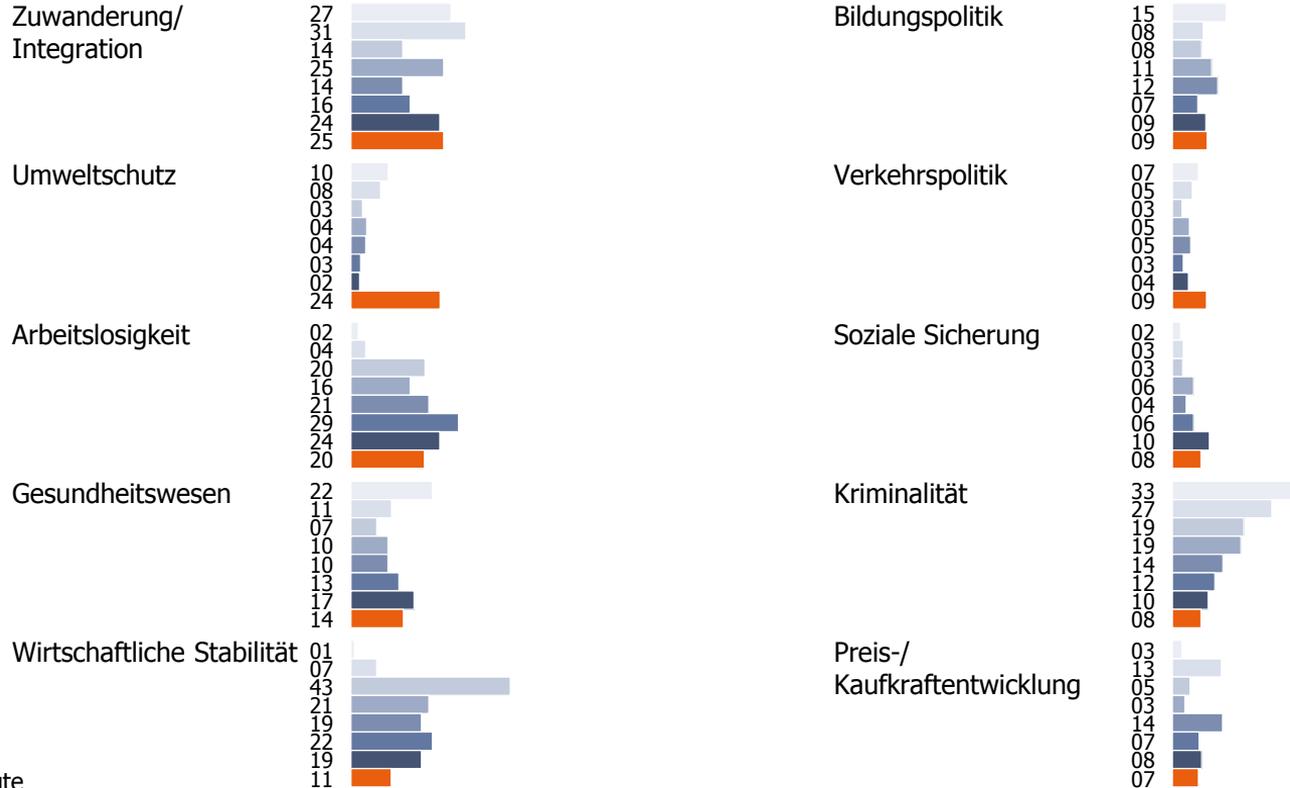
Das Thema **Zuwanderung** und **Integration** weist mit aktuell 14% der Nennungen ein Plus von vier Prozentpunkten zum Vorjahr auf. Die Regierung di Rupo setzt sich für eine effizientere Asyl- und Einwanderungspolitik ein. Das bedeutet, dass beispielsweise immer mehr Bürger aus anderen europäischen

Ländern ausgewiesen werden. Von Januar bis September 2013 mussten mehr als 1000 EU-Bürger das Land verlassen. Die Staatssekretärin für Asylpolitik begründete die Ausweisungen mit Missbräuchen des Sozialsystems. Zwar dürfen sich EU-Bürger frei innerhalb der Union bewegen, doch wer binnen drei Monaten keine Arbeit findet und dann soziale Leistungen in Anspruch nehmen könnte, darf des Landes verwiesen werden.

Das Thema **Politik und Regierung** sinkt weiter im Sorgenranking: Sahen in 2013 noch 21% der Belgier dies als wichtiges Problemfeld an, so sind es in der diesjährigen Befragung nur noch 12%. Auf der Sorgenliste bedeutet das Platz 4. Der Rückgang um 9 Prozentpunkte dürfte wohl – trotz weiterhin bestehender Auseinandersetzungen zwischen den flämischen Separatisten und den wallonischen Befürwortern eines einheitlichen Belgiens – mit den bereits errungenen Fortschritten bei den Verhandlungen um die sechste Staatsreform zusammenhängen. Zudem ist davon auszugehen, dass die zum Befragungszeitpunkt direkt bevorstehenden Parlamentswahlen ebenfalls die Wahrnehmung der Themen Politik und Regierung verstärkt haben.

Die Herausforderungen in Großbritannien 2014

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Großbritannien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2013: 1.024 Befragte

Großbritannien – zentrale Ergebnisse (1)



Im Unterschied zu den Vorjahren sehen die Briten nun das Thema **Zuwanderung und Integration** als die wichtigste Herausforderung für ihr Land an. Lag die Besorgnis 2011 noch bei 14% (Rang 3), so legte sie binnen zwei Jahren um 10 Prozentpunkte zu (2013: 24%, Rang 2) und nimmt mit aktuell 25% wieder den Spitzenplatz der Sorgenliste ein. Der Einwanderungssaldo stieg laut der britischen Statistikbehörde innerhalb eines Jahres von 154.000 auf 212.000 Personen im September 2013 an. Insbesondere Einwanderer aus den südeuropäischen Krisenländern haben zu diesem Rekordanstieg geführt. Die Öffnung des britischen Arbeitsmarktes für Rumänen und Bulgaren zum 1. Januar 2014 veranlasste dann die Regierung, den Zugang zum britischen Sozialsystem für EU-Ausländer durch eine im Eilverfahren beschlossene Regelung zu erschweren. Gehörte die multikulturelle Gesellschaft lange zum Selbstverständnis der Briten, so fordert heute die Partei Ukip den Austritt Großbritanniens aus der EU und eine Verschärfung der Einwanderungspolitik. Umfragen sahen die Partei vor der Europawahl bereits vor den etablierten Parteien, also den Tories und der Labour Party. Das Ergebnis der Europawahlen Ende Mai 2014 hat diesen Trend dann bestätigt.

Auf dem zweiten Rang liegt der **Umweltschutz** mit einem markanten Anstieg von 22 Prozentpunkten im Vergleich zu 2013. 19% der befragten Briten nennen explizit den **Hochwasserschutz**, im Südwesten Englands erreicht die Sorge sogar 31%. Die heftigsten Regenfälle seit 200 Jahren, die Ende November und rund um Weihnachten 2013 für zahlreiche Überflutungen in Cornwall, Wales und Somerset sorgten, sind sicherlich der Grund für das Ausmaß der Sorge. Wochenlang waren Ackerflächen, Geschäfte und rund 5.000 Häuser überflutet, mehr als 100.000 Häuser und Wohnungen mussten zeitweise ohne Strom auskommen, Eisenbahnlinien waren unterbrochen und Straßen nicht befahrbar. Ersten Schätzungen zufolge betragen die Kosten der Flut 14 Milliarden Pfund. Die Regierung Cameron und der Leiter der staatlichen Umweltbehörde, Lord Smith, gerieten rund um den Befragungszeitraum in heftige Kritik: Die Mittel für den Hochwasserschutz wurden in den vergangenen Jahren stark gekürzt – trotz 12.500 Kilometer Küstenlinie. Zudem wurde den Verantwortlichen vorgeworfen, sich mehr mit gegenseitigen Schuldzuweisungen beschäftigt zu haben als mit der Katastrophenhilfe vor Ort.

Großbritannien – zentrale Ergebnisse (2)



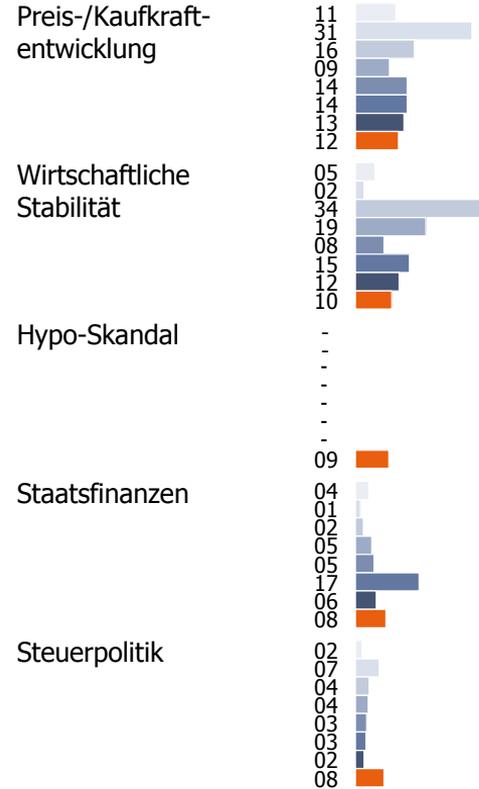
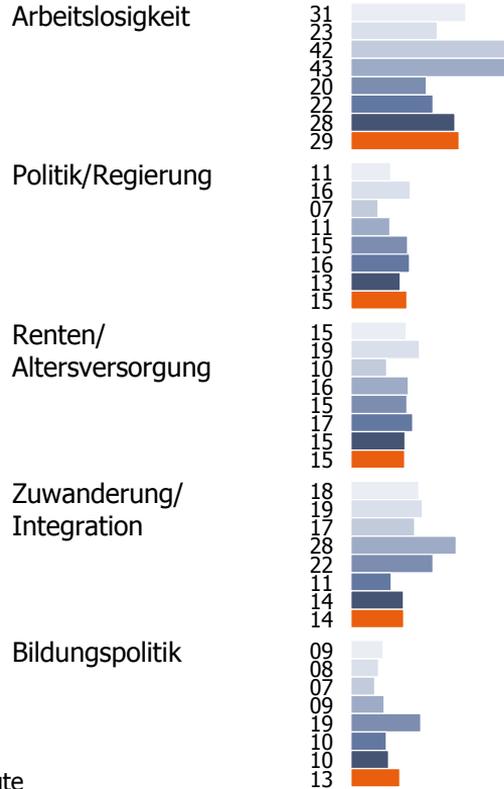
An Dringlichkeit verloren hat dagegen die Forderung nach der Bekämpfung der **Arbeitslosigkeit**. Aktuell macht sich dies bezüglich jeder Fünfte Gedanken (20%), nachdem es zwei Jahre zuvor noch fast jeder Dritte war (29%) und 2013 mit 24% noch jeder vierte Brite. Analog dazu entwickelt sich auch die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** im Land: Diese sinkt auf 11%, das ist der niedrigste Wert seit der Wirtschaftskrise 2009 (43%), und rangiert damit aktuell auf Platz 5. Tatsächlich erholt sich Großbritannien von den Nachwirkungen der globalen Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosenquote ist laut OECD im vergangenen Jahr im Jahresdurchschnitt auf 7,5% gesunken - und ist damit so niedrig wie seit 5 Jahren nicht mehr. Der Arbeitsmarkt profitiert sicher auch von der positiven Entwicklung der heimischen Wirtschaft in 2013: Laut Eurostat wuchs das BIP im Vergleich zum Vorjahr um 1,9% und auch die Prognosen für 2014 liegen über dem europäischen Durchschnitt.

Auch hinsichtlich des **Gesundheitswesens** zeigen sich die Befragten wieder etwas weniger besorgt als noch im Vorjahr. Waren 2013 noch 17% der Briten beunruhigt, so betrachten der-

zeit nur noch 14% dies als zu lösendes Problem. Die gesundheitliche Versorgung bleibt aber auf Position 4 ein zentrales Thema für die Bürger. Allein 6% der Nennungen entfallen explizit auf den Nationalen Gesundheitsdienst (NHS), 2013 führten diesen noch 9% an. Im letzten Jahr trat zum 1. April 2013, also kurz nach der Befragung, eine tiefgreifende und im Vorfeld äußerst kontrovers diskutierte Reform des NHS in Kraft: Die konservativ-liberale Regierung verspricht sich von der Neuordnung – mit der unter anderem die Finanzverantwortung dezentralisiert und an die Ärzte bzw. sogenannte Clinical Commissioning Groups übertragen wird – eine höhere Effizienz, größeren Wettbewerb und folglich Kosteneinsparungen in der medizinischen Versorgung. Kritiker befürchten aber eine Aufweichung des bisher geltenden Prinzips der Kostenfreiheit sowie Gewinne privater Anbieter auf Kosten der Allgemeinheit und der Patienten, insbesondere chronisch Kranker. Im Moment scheinen die Bürger aber erst einmal abzuwarten, was die Reform im Einzelnen verändern wird. Die längerfristigen Auswirkungen werden vermutlich erst später sichtbar werden – und sich dann sicherlich auch in den Ergebnissen der „Challenges of the Nations“ widerspiegeln.

Die Herausforderungen in Österreich 2014

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Österreich zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2014: 1.000 Befragte



Österreich – zentrale Ergebnisse (1)

Die Sorgenwelt der Österreicher präsentiert sich – anders als in vielen anderen Ländern – wenig verändert im Vergleich zum Vorjahr 2013. Mit Ausnahme der Empörung über den Hypo-Skandal und die Steuerpolitik weichen die Top 10-Themen um maximal 3 Prozentpunkte zum Vorjahr ab.

Unverändert in 2014 bleibt auch die **Arbeitslosigkeit** mit 29% die Hauptsorge der Österreicher. Nachdem 2011 die Talfahrt nach dem Krisenjahr 2009 mit einer Quote von 4,1% beendet schien, steigt die Erwerbslosigkeit seitdem kontinuierlich an und erreichte 2013 laut OECD im Jahresdurchschnitt 4,9%. Das übertrifft sogar den Wert des Krisenjahres 2009, damals lag die Quote bei 4,8%. Da ist die steigende Besorgnis der Bürger seit 2011 gut nachvollziehbar. Und die jüngsten noch schlechteren Prognosen der OECD könnten dazu führen, dass die Besorgnis auch 2015 nicht nachlässt.

Mit einigem Abstand dahinter liegt mit 15% die Besorgnis über die **Politik** und die **Regierung**, die leicht um 2 Prozentpunkte wächst und damit von Rang 4 auf den zweiten Platz vorrückt. Österreich hat 2013 ein sehr ereignisreiches politisches Jahr durchlaufen, das nach mehreren Wahlen in vier Bundes-

ländern mit der Nationalratswahl im September seinen Höhepunkt erreichte. Auf Antrieb zog die Partei NEOS „Das Neue Österreich und Liberales Forum“ – eine erst im Oktober 2012 gegründete Partei – in den österreichischen Nationalrat ein, der nun zum ersten Mal in der Geschichte der Zweiten Republik aus sechs Parteien besteht. Seither dominiert die Regierungsbildung einer Großen Koalition aus SPÖ und ÖVP sowie die schwierige Haushaltskonsolidierung die politische Berichterstattung. Für die Bürger stand dabei insbesondere die Verstaatlichung der hochdefizitären Hypo Alpe-Adria-Bank sowie die daraus resultierenden Folgen für das Budget im Mittelpunkt. Das zeigen auch die Ergebnisse der diesjährigen Studie: Der **Hypo-Skandal** wurde 2014 so häufig explizit genannt, dass dieses Thema erstmals mit 9% auf Platz 8 der Sorgenliste katapultiert wurde. Die **Konsolidierung der Staatsfinanzen** mit 8% (+2 Prozentpunkte) reiht sich dahinter auf Rang 9 ein. Eng damit verknüpft ist die von 2% auf ebenfalls 8% stark gestiegene Sorge um die **Steuerpolitik**. Das lässt sich sicher auch durch die seit 1. März 2014 geltenden Steuererhöhungen für Tabak, Alkoholika und PS-starke Autos erklären, die unmittelbar nach dem Befragungsende dieser Studie in Kraft getreten sind.



Österreich – zentrale Ergebnisse (2)

Mit Sorge blicken die Österreicher nach wie vor auch auf die **Renten** und die **Altersversorgung**. Mit weiterhin 15% belegt das Thema 2014 den dritten Rang. Die fortwährend hohe Besorgnis der Österreicher könnte darauf zurückzuführen sein, dass zu Jahresanfang Sparmaßnahmen zur Senkung der Pensionsausgaben eingeführt wurden: So fällt die Pensionserhöhung 2014 für die Mehrheit der Ruheständler deutlich geringer aus als in den Vorjahren und liegt sogar 0,8 Prozentpunkte unter der Teuerungsrate von 1,6%. Auch ist es seit Januar 2014 schwieriger, in den vorzeitigen Ruhestand zu gehen, da die in Österreich geltende Hacklerregelung für Langzeitversicherte sowie die sogenannte Korridor pension stark eingeschränkt wurden. Die Pensionäre müssen für einen früheren Renteneintritt nun höhere Abschläge in Kauf nehmen.

Auch die Besorgnis in Bezug auf die **Zuwanderung** und die **Integration** ist gegenüber 2013 mit 14% gleich geblieben. Trotz weiter steigendem Zuzug vor allem aus den osteuropäischen Ländern haben die Befürchtungen seit 2011 deutlich nachgelassen. Womöglich hat die Einrichtung eines Integrationsstaatssekretariats zur Verringerung der Besorgnis beigetragen.

Auch die fremdenfeindlichen Töne im Wahlkampf im Herbst 2013 hielten sich in Grenzen. Die neu im Parlament vertretenen Parteien fokussierten sich auf andere Themen. Dennoch ist davon auszugehen, dass das Thema 2015 bei den Landtagswahlen in Wien – mit einem Ausländeranteil von 23% – wieder eine größere Rolle spielen wird.

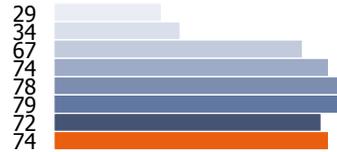
Um drei Prozentpunkte gestiegen ist dagegen die Sorge der Österreicher hinsichtlich der **Bildungspolitik**. Damit rückt dieses Thema mit 13% - dem bisher zweithöchsten Wert seit Studienbeginn 2001 – auf den fünften Rangplatz. Wahrscheinlich haben unter anderem die Diskussionen um die Einführung der Zentralmatura zu Besorgnis geführt: Die landesweit einheitliche Prüfung für Gymnasien war bereits für 2013 vorgesehen, wurde dann aber wegen starken Protests seitens der Schüler, Eltern und Lehrer um ein Jahr verschoben. Zwischenzeitlich stand die Zentralmatura sogar wieder auf der Kippe, da ein Datenleck bekannt wurde, bei dem 400.000 Schülertests und 37.000 E-Mail-Adressen von Lehrern im Internet auftauchten. Dieser Vorfall wurde aber erst drei Tage nach Abschluss der vorliegenden Befragung öffentlich.

Die Herausforderungen in Spanien 2014

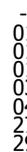
... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Spanien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



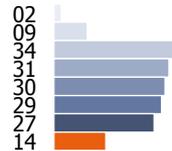
Arbeitslosigkeit



Korruption



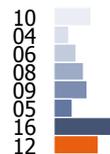
Wirtschaftliche Stabilität



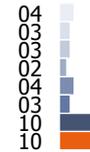
Gesundheitswesen



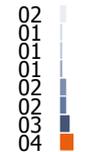
Politik/Regierung



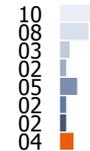
Bildungspolitik



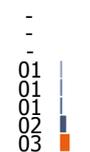
Soziale Sicherung



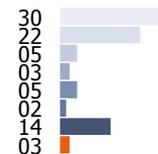
Preis-/Kaufkraftentwicklung



Steuerpolitik



Wohnungsprobleme/
Miet-/Immobilienpreise



Nachrichtlich:
Renten-/
Altersversorgung:
3% (2013: 2%)

Basis 2014: 1.008 Befragte

Spanien – zentrale Ergebnisse (1)



Etwa drei von vier befragten Spaniern nennen die Bekämpfung der **Arbeitslosigkeit** auch in diesem Jahr als dringend zu lösende Aufgabe. Damit ist diese Sorge gegenüber 2013 um zwei Prozentpunkte gestiegen und bleibt der Spitzenreiter der Sorgenliste. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt nach der bis 2013 mit 26,4% stetig gestiegenen Arbeitslosenquote in den ersten Monaten 2014 erstmals wieder einen leichten Rückgang auf 25,6% im Februar 2014. Doch diesen Hoffnungs-schimmer als Trendwende zu werten scheint für die Befragten noch zu früh, zumal von der Entwicklung der Arbeitslosigkeit unter den jüngeren Menschen, die sich selbst häufig als „generación cero“ bezeichnen, keine positiven Impulse ausgehen. Im Jahr 2013 erreicht die Jugendarbeitslosigkeit der unter 25-jährigen mit 55,7% den seit langem höchsten Wert. Selbst gut ausgebildete Akademiker hangeln sich mit unbezahlten Praktika durch, müssen wieder bei den Eltern leben oder verlassen das Land. Ob die von der EU beschlossene Jobgarantie für unter 25-Jährige wesentliche Verbesserungen bringen wird, muss sich erst noch zeigen.

Nachdem das Thema **Korruption** im vergangenen Jahr mit

einem sprunghaften Anstieg auf den zweiten Platz der Sorgenliste vorgerückt war, zeigt sich 2014 noch einmal eine Zunahme um zwei Prozentpunkte. Mit derzeit 29% belegt das Thema erneut den zweiten Rangplatz. So wird das Land seit einiger Zeit von Skandalen erschüttert. Der frühere Schatzmeister Bárcenas der Regierungspartei Partido Popular soll Geldgeschenke von Baumagnaten an Politiker weitergereicht haben. Auch Premier Rajoy wird verdächtigt, Gelder in beachtlicher Höhe erhalten zu haben. Rücktrittsforderungen lehnt der Regierungschef jedoch bis heute ab. In Andalusien sollen die regierenden Sozialisten ihren Parteifreunden illegal Frührenten zugeschanzt haben. Negative Schlagzeilen macht auch das Königshaus: Der Schwiegersohn König Juan Carlos´ soll Gelder einer Stiftung veruntreut haben und seine Frau sieht sich inzwischen Vorwürfen der Geldwäsche ausgesetzt – nachdem vermutlich auf Anweisung von obersten politischen Stellen zunächst eine Befragung vor Gericht unterbunden werden sollte. Unter diesen Umständen ist nachvollziehbar, dass Spanien in dem von Transparency International herausgegebenen Corruption Perception Index 2013 nur noch den 40. Rang belegt und damit seit 2012 um 10 Plätze zurückgefallen ist.



Spanien – zentrale Ergebnisse (2)

In diesem Zusammenhang ist es auch nicht verwunderlich, dass die Kritik an der **Politik** oder der **Regierung** zwar leicht zurückgegangen ist, mit aktuell 12% aber weiterhin bedeutsam bleibt. Laut Umfragewerten halten 90% der Bürger die politische Führung für korrupt, und zwar unabhängig von der Partei.

Trotz der hohen Arbeitslosigkeit hat sich die Sorge um die **wirtschaftliche Entwicklung** nahezu halbiert. Mit aktuell 14% belegt dieses Thema aber noch immer Rang 3. In der seit mehreren Jahren andauernden Rezession gab es zuletzt auch erfreuliche Nachrichten: Die Wirtschaft ist 2013 insgesamt noch einmal um 1,2% geschrumpft (2012: -1,6%), doch in der zweiten Jahreshälfte zeigte sich eine Verbesserung. Für 2014 erwartet die spanische Regierung ein Plus des BIP um 1%. Dies wurde auch Ende 2013 auch von den Rating-Agenturen Moody's und Standard and Poor's bestätigt, die zwar ihr Rating beibehielten, aber die Aussicht von „negativ“ auf „stabil“ anhoben. Das Reformprogramm, das die Regierung 2012 eingeführt hat, scheint also erste Erfolge zu zeigen.

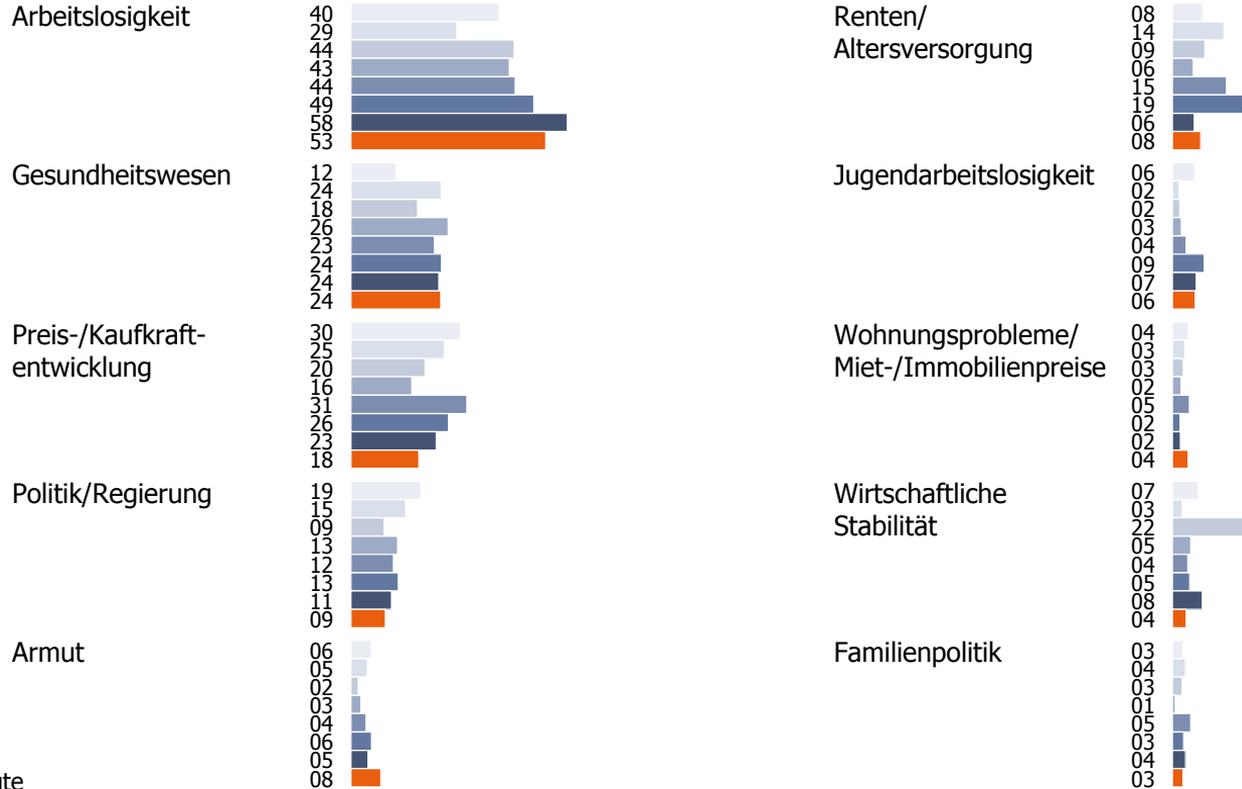
Diese Reformen beinhalten auch Sparmaßnahmen. Im

Gesundheitswesen wurden unter anderem Zuzahlungen zu Medikamenten und zu Behandlungen in der staatlichen Krankenversicherung eingeführt sowie Krankenhäuser und Gesundheitszentren privatisiert. Nach der Ankündigung dieser Maßnahmen ist im letzten Jahr die Beunruhigung über die Gesundheitsversorgung um 10 Prozentpunkte angestiegen und verharrt mit 13% Besorgnis auch 2014 auf diesem Niveau.

Der Unmut der Befragten gegenüber der **Bildungspolitik** ist nach dem in 2013 erstmalig starken Anstieg ebenfalls unverändert hoch. 10% sorgen sich um die Entwicklung im Bildungs- und Forschungssektor. So protestierten Mitte 2013 zahlreiche Wissenschaftler gegen den rigiden Sparkurs, im Zuge dessen die Ausgaben für Forschung seit 2009 um 40% gekürzt wurden. Und Ende 2013 verabschiedete die Regierung erneut eine Bildungsreform, die unter anderem die Anhebungen der Studiengebühren vorsieht und weitere Budgetkürzungen beinhaltet. Die öffentlichen Gelder wurden seit 2010 insgesamt um mehr als 6,4 Milliarden zurückgefahren. Tausende gingen daraufhin in Madrid auf die Straße, um gegen diese rigiden Sparpläne zu protestieren.

Die Herausforderungen in Polen 2014

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Polen zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2014: 1.000 Befragte

Nachrichtlich:
Bildungspolitik: 3%
(2013: 3%)



Polen – zentrale Ergebnisse (1)

Mit 53% der Nennungen ist mehr als die Hälfte der Polen besorgt über die **Arbeitslosigkeit**. Damit liegt dieses Thema weiterhin mit deutlichem Abstand auf dem ersten Platz. Nachdem die Beunruhigung seit 2010 jedes Jahr gestiegen war, zeigt sich erstmals wieder im Vorjahresvergleich ein Rückgang um 5 Prozentpunkte. Diese Entwicklung spiegelt sich in der tatsächlichen Arbeitslosenquote wider. Denn obwohl Polen ohne eine Rezession die globale Wirtschaftskrise überstanden hat, war laut OECD seit 2011 der Anteil der Erwerbslosen von 9,7% auf 10,4% in 2013 gestiegen. Aktuell geht die Arbeitslosigkeit zurück und ist wieder auf 9,7% im Februar 2014 gesunken. Bei den unter 25-Jährigen ist die Arbeitslosigkeit binnen Jahresfrist ebenfalls gestiegen, 2013 waren 27,3% betroffen. Die Besorgnis über die **Jugendarbeitslosigkeit** weist jedoch zum zweiten Mal in Folge eine leicht sinkende Tendenz auf und belegt mit 6% nun Rang 7.

Auf dem zweiten Rangplatz liegt das **Gesundheitswesen**, das seit drei Jahren von konstant 24% der Polen mit Sorge betrachtet wird. Damit bleibt das Thema ein wichtiges Sorgenkind der Bevölkerung. Nach Artikel 68 der Polnischen Verfassung hat jeder Bürger das Recht auf freie Gesundheitsfürsorge. Allerdings ergeben Zahlen von Eurostat, dass die sozialen Sicherungssysteme

2012 nur knapp zwei Drittel der Ausgaben für das Gesundheitswesen trugen, während ein Drittel aus eigener Tasche bezahlt wurde. Das Gesundheitssystem ist durch chronischen Geldmangel gekennzeichnet, obwohl rund 7% des Bruttoinlandsproduktes dafür aufgewendet werden. Die Entlohnung der Ärzte und des Pflegepersonals ist dadurch so schlecht, dass viele nach der sehr guten Ausbildung in Polen im Ausland arbeiten. Die Folgen sind ein Mangel an Ärzten und Pflegekräften, lange Wartezeiten auf einen Termin und die Überalterung des Personals.

Rückläufig entwickelt sich seit 2012 die Sorge um die **Preise** bzw. die **Kaufkraft**, der Anteil der Antworten hat um 5 Prozentpunkte abgenommen. Mit 18% findet sich das Thema allerdings weiterhin auf Platz 3. Der Grund für die Besorgnis liegt aktuell wohl weniger bei der Inflation, denn diese betrug 2013 gerade einmal 0,8%. Die Bürger kritisieren vor allem die Einkommensverteilung und die Höhe der Löhne. 2013 lag der landesweite Durchschnittslohn in Polen bei 889 Euro, der gesetzliche Mindestlohn betrug 387 Euro – das ist weit entfernt vom Gehaltsniveau anderer Länder wie etwa Deutschland, wohin qualifizierte Fachkräfte bevorzugt abwandern.

Polen – zentrale Ergebnisse (2)



Die Kritik an der **Politik** und der **Regierung** wurde etwas leiser, sie ist von 11% in 2013 auf 9% in 2014 zurückgegangen. Dabei liegt die Zustimmung für die Regierungspartei Bürgerplattform PO laut Umfragen seit Ende 2013 auf Rekordtief und damit – teilweise deutlich - hinter der größten Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit PiS. Zudem verfügt die Regierung aufgrund von Streitigkeiten innerhalb der Partei nur noch über eine Mehrheit von einem Sitz im Parlament. Auch die vielen Kabinetts-umbildungen im vergangenen Jahr dürften die Bevölkerung nicht gerade beruhigt haben. Im November legte Premier Tusk nach und entließ zur Mitte der Legislaturperiode weitere sieben Minister. Tusk versuchte damit die Stimmung im Land zu drehen und begründete die Kabinetts-umbildung mit der Forderung nach „mehr Energie und Beschleunigung“. Der erhoffte frische Wind ist jedoch ausgeblieben, das zeigt auch das Wahlergebnis der Europawahl Ende Mai, nach der die Oppositionspartei gleich viele Sitze erringen konnte wie die Regierungspartei PO.

Vermutlich hat auch die Ukraine-Krise die Stimmung gegenüber der Regierung etwas begünstigt, denn zwei Drittel der Polen zeigen sich einer Umfrage zufolge mit der offiziellen

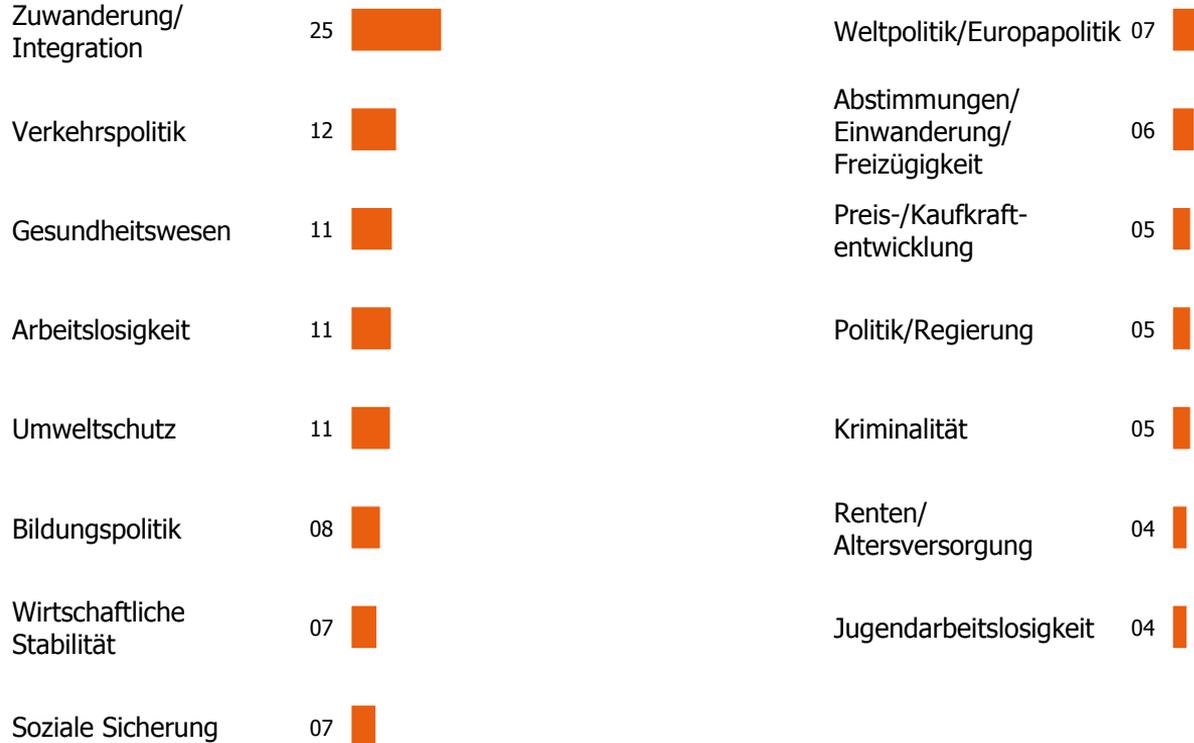
Reaktion der Regierung auf die Krise im Nachbarland zufrieden.

Unter den Top 5 ist in diesem Jahr nur die Sorge um die **Armut** größer geworden. Mit einem Anstieg von 5% auf 8% liegt sie auf Platz 5. Dabei hat der Anteil der Bevölkerung, der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht ist, seit 2005 kontinuierlich abgenommen und ist von 45,3% auf 26,7% gesunken. Doch laut den letzten verfügbaren Daten aus dem Jahr 2012 konnte die Lohnentwicklung nicht mit der Inflation von 3,7% Schritt halten, die Reallöhne sind also gesunken. Vermutlich auch dadurch ist 2012 der Anteil an Personen, die unter Armut leiden, das heißt für lebenswichtige Dinge nicht komplett selbstständig aufkommen können, nach stetigen Rückgängen wieder leicht von 13,0% auf 13,5% angestiegen.

Von Armut stärker betroffen sind oft ältere Menschen, die aufgrund ihres geringeren Einkommens auch von Preissteigerungen stärker betroffen sind. Vermutlich auch deshalb sind ebenfalls 8%, das sind zwei Prozentpunkte mehr als 2013, beunruhigt über die **Renten** bzw. die **Altersversorgung**.

Die Herausforderungen in der Schweiz 2014 – Top 15

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in der Schweiz zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis: 1.000 Befragte

Nachrichtlich:
Wohnungsprobleme/
Miet-/Immobilien-
preise: 4%



Schweiz – zentrale Ergebnisse (1)

An der Spitze der Herausforderungen befindet sich in der Schweiz das Thema **Zuwanderung** bzw. **Integration** mit 25%. Zudem nennen weitere 6% explizit die **Abstimmung zu Einwanderung und Freizügigkeit**. Diese Volksabstimmung der Schweizerischen Volkspartei (SVP) „Gegen Masseneinwanderung“ fand im Erhebungszeitraum statt, was einen Einfluss auf die Top-Platzierung dieses Themas gehabt haben dürfte. Ziel der Initiative war es, die jährlichen Einwanderungszahlen zu beschränken und schweizerische Staatsbürger bei der Vergabe von Arbeitsplätzen zu bevorzugen. Mit einer sehr hohen Wahlbeteiligung von 56% wurde dies von der hauchdünnen Mehrheit von 50,3% der Bürger befürwortet. Im Vorfeld hatten die Regierung, die meisten Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände Stellung gegen diese Initiative bezogen und dazu aufgerufen, dagegen zu stimmen. Dieses Ergebnis rief nicht nur heftige Diskussionen innerhalb der Schweiz, sondern auch Konflikte mit der EU hervor. Denn sollte diese Entscheidung tatsächlich umgesetzt werden, wird dadurch nicht nur ein einzelner Vertrag mit der EU verletzt. Eine sogenannte Guillotine-Klausel besagt, dass dann alle sieben bestehenden Verträge zu den Sonderbeziehungen mit der Schweiz

ausgesetzt werden könnten, u.a. auch solche, die Zollerleichterungen beinhalten.

Das Verhältnis zur EU spielt auch beim Thema **Welt- bzw. Europapolitik** eine zentrale Rolle. 7% der Schweizer äußern dahingehend Bedenken, was Rang 9 bedeutet. Der Großteil (4%) wünscht explizit eine Weiterführung der europäischen Politik bzw. ein gutes Verhältnis zu den europäischen Nachbarn. Demgegenüber äußern jedoch auch 2% der Befragten den Wunsch, die Selbständigkeit der Schweiz fortzuführen und nicht der EU beizutreten.

Auf dem zweiten Rang befindet sich mit großem Abstand das Thema **Verkehrspolitik**: 12% der Schweizer kritisieren insbesondere das hohe Verkehrsaufkommen. In der Schweiz ist die Personenverkehrsleistung in den letzten 10 bis 15 Jahren durch zunehmende Mobilität und Bevölkerungswachstum gestiegen. Hinzu kommt eine Mehrbelastung durch grenzüberschreitende Pendler besonders im Tessin, den Tourismus sowie den Güterverkehr.



Schweiz – zentrale Ergebnisse (2)

Auf den Plätzen 3 bis 5 folgen drei Themen, die jeweils 11% der Schweizer beschäftigen. Das **Gesundheitswesen** belegt den dritten Rang, obwohl es von offizieller Seite als sehr gut bewertet wird. Im Rahmen des *Euro Health Consumer Index 2013* liegt es hinter den Niederlanden auf Platz 2. Zu der dennoch großen Besorgnis hat sicherlich die in den letzten Jahren geführte Diskussion über den Ausgleich der Krankenkassenprämien beigetragen. Zwischen 1996 und 2011 wurden von den Versicherten einiger Kantone, darunter Zürich und Tessin, zu hohe Krankenkassenprämien verlangt, wohingegen in anderen Kantonen, wie zum Beispiel Bern, zu wenig bezahlt wurde. Im Herbst 2013 wurde eine Lösung gefunden, die eine Rückerstattung bzw. einen Prämienverzicht bei der CO₂-Abgabe vorsieht. Die Umverteilung von rund 800 Millionen Franken soll von den Versicherten, den Krankenkassen und dem Bund zu je einem Drittel getragen werden und in 2015 beginnen.

Das Thema **Arbeitslosigkeit** rangiert mit ebenfalls 11% trotz der in der Schweiz verglichen mit den anderen europäischen Ländern sehr niedrigen Arbeitslosenquote auf dem vierten Rang.

Nachdem die Arbeitslosenquote in 2011 laut OECD auf 4,0% gesunken war, wurde für 2013 wieder ein Anstieg auf 4,4% gemessen. Insbesondere bei den unter 25-Jährigen hat die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren zugenommen, und zwar von 7,6% in 2011 auf 8,5% in 2013. Zudem geht die Schere zwischen den Kantonen weit auseinander, denn im Süden und Westen des Landes herrscht eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit.

Die damit zusammenhängende Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** liegt mit 7% auf dem siebten Platz. Zwar erreicht das Wirtschaftswachstum noch nicht ganz die Dynamik der Jahre vor der globalen Wirtschaftskrise, doch ist das BIP laut Eurostat 2013 um 2% gewachsen.

Schweiz – zentrale Ergebnisse (3)



Beim Thema **Umweltschutz** wird von 11% der Bevölkerung dringlicher Handlungsbedarf gesehen, das bedeutet Rang 5. Eine Rolle dürfte hier der seit der Atomkatastrophe in Fukushima diskutierte Atomausstieg spielen. Zwar plant die Schweizer Regierung die fünf Atomkraftwerke am Ende ihrer Betriebsdauer nicht mehr zu ersetzen, das letzte Werk würde dann aber erst 2034 vom Netz gehen. Einen ersten Schritt in Richtung Energiewende könnte die Schließung des Atomkraftwerks Mühleberg in 2019 darstellen. Widerstand gegen die Pläne der Regierung regte sich insbesondere bei den Sozialdemokraten und den Grünen, die zwar die Ausstiegspläne begrüßen, jedoch auch ihren Unmut bezüglich der langen Laufzeiten zum Ausdruck bringen. Im Herbst 2013 wurde zudem erstmalig von den Umweltverbänden ein Energiewende-Index veröffentlicht, der eine relativ negative erste Bilanz in Bezug auf die Fortschritte des Atomausstiegs zieht.

Mit **1,7 genannten Sorgen** liegt die Schweiz im internationalen Vergleich im unteren Mittelfeld des Rankings, dessen Durchschnitt bei 2,0 geäußerten Problemen liegt.

Die Herausforderungen in Südafrika 2014 – Top 15

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Südafrika zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Korruption 42



Verwaltung 03



Arbeitslosigkeit 35



HIV/Aids/
Sexualerziehung 03



Kriminalität 12



Gesundheitswesen 03



Wohnungsprobleme/
Miet-/Immobilienpreise 11



Politik/Regierung 03



Bildungspolitik 10



Verkehrspolitik 02



Suchtproblematik
(Alkohol, Nikotin,
Drogen) 08



Jugendarbeitslosigkeit 02



Preis-/Kaufkraft-
entwicklung 06



Wirtschaftliche
Stabilität 02



Armut 05



Nachrichtlich:
Zuwanderung/
Integration: 2%

Südafrika – zentrale Ergebnisse (1)



Mit Südafrika wurde 2014 die größte afrikanische Volkswirtschaft erstmals in die vorliegende Studie aufgenommen. Zudem ist das Land das einzige afrikanische Mitglied in der G8+5-Gruppe, einem wichtigen Gremium für wirtschaftliche Zusammenarbeit von Industrie- und Schwellenländern.

Ungeachtet dieser internationalen Stellung Südafrikas sieht die Bevölkerung zahlreiche Herausforderungen für ihr Land: Die drängendste Aufgabe stellt mit 42% die Bekämpfung der **Korruption** dar. Mit 42 Punkten im Ranking des internationalen Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) existiert in Südafrika eine deutlich wahrgenommene Korruption. In einer ebenfalls von Transparency International durchgeführten Befragung gab zudem knapp die Hälfte der Südafrikaner an, in den letzten 12 Monaten mindestens einmal Schmiergeld bezahlt zu haben. Darüber hinaus schätzen rund 80% die Polizei und die Politiker als korrupt oder extrem korrupt ein. Selbst Präsident Zuma muss sich derzeit wegen neuerlichen Korruptionsvorwürfen im Hinblick auf Waffengeschäfte in den 1990er Jahren vor einer Untersuchungskommission verantworten. Zudem wird dem Präsidenten vorgeworfen, sich aus öffentlichen Mitteln eine Residenz mit u.a.

Amphitheater, Hausklinik und Häusern für seine Frauen und den Familienclan errichtet zu haben.

Auf dem zweiten Platz steht mit 35% die **Arbeitslosigkeit**. Tatsächlich gibt die Arbeitsmarktsituation Anlass zur Sorge: Die offizielle Arbeitslosenquote lag 2013 laut ILO bei 25,3% und ist damit seit 2007 konstant angestiegen. Inoffiziell dürfte der Anteil an Arbeitslosen aber weitaus höher liegen. Schätzungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zufolge sollen über 40% der Personen im erwerbsfähigen Alter davon betroffen sein. Besonders hoch ist die **Jugendarbeitslosigkeit**: Die Arbeitslosenquote bei den unter 25-Jährigen liegt bei über 50%, worüber sich explizit 2% der Südafrikaner besorgt zeigen. Die hohe Arbeitslosigkeit ist auch eine Folge der aktuell schlechteren **konjunkturellen Entwicklung**, über die sich ebenfalls 2% Sorgen machen. Diese hat auch unter den landesweiten schweren Streiks und den damit verbundenen Produktionsausfällen gelitten. Auch der Absturz der Währung und die seit Monaten sinkenden Rohstoffpreise tragen zu dieser Entwicklung bei.

Südafrika – zentrale Ergebnisse (2)



Mit etwas Abstand belegt die Sorge um die **Kriminalität** mit 12% der Nennungen den dritten Platz. Tatsächlich hat das Land eine der höchsten Verbrechensraten weltweit und insbesondere in den Townships der Großstädte ist die Kriminalitätsrate insgesamt hoch. Ein großes Problem stellen beispielsweise die zunehmende Anzahl an Vergewaltigungen dar. Nach Schätzungen wird in Südafrika im Durchschnitt alle vier Minuten ein Mensch Opfer sexueller Gewalt. Eine große Rolle spielen auch rassistische Übergriffe, vor allem gegen Einwanderer aus anderen afrikanischen Ländern. So kam es im Mai 2013 in einem Stadtviertel von Johannesburg zu Ausschreitungen Einheimischer gegenüber Ausländern, bei denen zwei Männer erschossen und ausländische Geschäfte zerstört wurden.

In einem engen Zusammenhang mit der Kriminalität steht die **Suchtproblematik**, bezogen auf Alkohol, Nikotin und Drogen, die mit 8% den sechsten Platz belegt. In Südafrika ist Alkoholabhängigkeit vor allem unter der armen Bevölkerung stark verbreitet. Dies gilt auch für das Fötale Alkoholsyndrom (FAS), das bei starkem Alkoholkonsum der Mutter während der Schwangerschaft auftreten kann. Untersuchungen zufolge besteht

ein starker Zusammenhang zwischen FAS und Organschäden, verringerter Intelligenz sowie Gewaltverbrechen. Die Drogensucht hängt auch mit der **Armut** zusammen, die mit 5% auf Platz 8 des Rankings liegt. Gerade viele Kinder und Jugendliche leiden unter Hunger und versuchen mit Drogen wie zum Beispiel dem billigen und schnell süchtig machenden Tik oder Chrystal Meth diesem zu entkommen. Die hohe Suchtgefahr dieser Droge führt wiederum zu gesteigerter Beschaffungskriminalität.

Das Rassen- oder Herkunftsproblem taucht in Südafrika, wenn auch hinter anderen Themen verborgen, an verschiedenen Stellen auf. So entsteht der Eindruck eines immer noch zentralen Problems im Land, da Südafrika seit der friedlichen Ablösung des Apartheidregimes vor über 20 Jahren immer noch große strukturelle Probleme hat. Diese konnten auch durch den „Black Economic Empowerment Act“, der die schwarze Bevölkerung in gewisser Weise positiv diskriminiert, noch nicht gelöst werden. Der Gini-Koeffizient als Maß der Einkommensungleichheit zeigt für Südafrika einen extrem hohen Wert von 65 an, was im weltweiten Vergleich den zweiten Platz bedeutet.



Südafrika – zentrale Ergebnisse (3)

Vor diesem Hintergrund sind wohl auch die folgenden genannten Aufgaben zu verstehen. Auf Rang 4 liegt mit 11% knapp hinter der Kriminalität der Themenkomplex rund um das **Wohnungsproblem bzw. die Miet- und Immobilienpreise**. Hauptgrund dürften die Zustände in einigen Townships der Großstädte sein. Zwar sind nicht alle Townships Slums – es gibt auch einige, in denen die Mittelschicht lebt – doch die einfachen Häuser oder Baracken, häufig ohne Strom und Wasser, stehen in einem deutlichen Kontrast zu den großzügigen und komfortablen Wohnvierteln der weißen Bevölkerung.

Platz 5 belegt mit 10% die **Bildungspolitik**. Zum einen sind die Zugangschancen zu Bildung ungleich verteilt. Darüber hinaus ist die Ausstattung der Schulen insbesondere auf dem Land schlecht und es besteht ein Mangel an Lehrkräften.

Auf Position 7 befindet sich mit 6% die Sorge um die **Preis- bzw. die Kaufkraftentwicklung**. Bei näherer Betrachtung lässt sich erkennen, dass über die Hälfte der Nennungen sich auf eine Senkung der Benzinpreise bezieht. In der Tat haben sich die

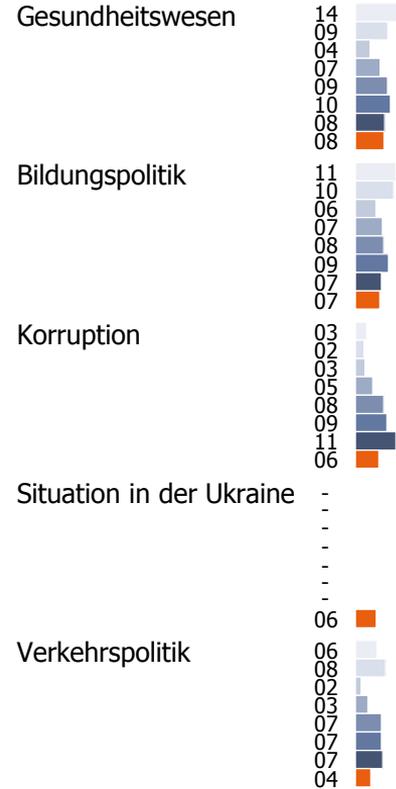
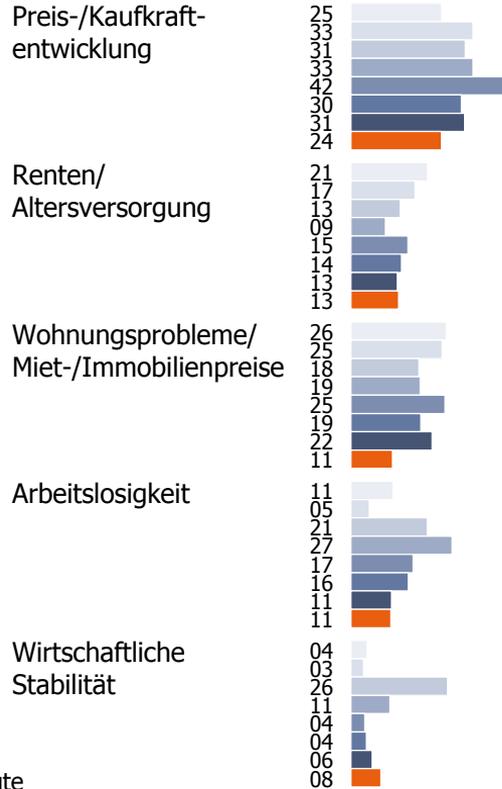
Benzinpreise zwischen 2000 und 2012 nahezu verdreifacht: Im Jahr 2000 lag der Benzinpreis für einen Liter bei 0,5 US Dollar, 2012 musste ein Südafrikaner durchschnittlich 1,38 US Dollar für einen Liter aufbringen, was gerade ärmere Menschen in ihrer Mobilität einschränkt.

Noch eine Besonderheit ist erwähnenswert: Südafrika ist das einzige Land, in dem **HIV, Aids bzw. die Sexualerziehung** eine nennenswerte Rolle bei den Sorgen der Nation spielen: 3% der Bürger sind darüber besorgt, damit liegt das Thema auf Platz 10. Rund 6 Mio. Menschen sind HIV positiv, das sind mehr als 10% der Bevölkerung Südafrikas – und somit eine der höchsten HIV-Infektionsraten der Welt. Besonders hoch ist der Anteil an infizierten Mädchen, der bei knapp 30% liegt. Auch hiervon ist die schwarze, schlechter aufgeklärte Bevölkerung wesentlich stärker betroffen.

Mit **1,6 genannten Sorgen** liegt Südafrika im internationalen Vergleich im unteren Mittelfeld des Rankings, dessen Durchschnitt bei 2,0 geäußerten Problemen liegt.

Die Herausforderungen in Russland 2014

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Russland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Nachrichtlich:
 Soziale Sicherung: 4%
 (2013: 5%)
 Familienpolitik: 4%
 (2013: 4%)
 Kriminalität: 4%
 (2013: 4%)

Basis 2014: 2.200 Befragte



Russland – zentrale Ergebnisse (1)

Wie schon in den Jahren zuvor steht die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** mit 24% an der Spitze der russischen Sorgenliste, allerdings mit fallender Tendenz (minus 7 Prozentpunkte). Die reale Inflationsrate liegt laut OECD in 2013 jedoch bei 6,5% und ist damit seit 2012 wieder angestiegen, als die Preissteigerungsrate auf das für Russland sehr niedrige Niveau von 5,1% gefallen war. Für 2014 prognostiziert das Wirtschaftsministerium einen Preisanstieg von nur noch 4,5 bis 5,5%, möglicherweise ist dies ein Grund für die aktuell nachlassende Besorgnis. Auch die positive Entwicklung bei den Reallöhnen, die 2013 um 3,3% gestiegen sind, könnte zu der geringeren Besorgnis beigetragen haben.

Denkbar ist aber auch, dass die **Ukraine-Krise** etwas Aufmerksamkeit von dem Top-Thema abgezogen hat. Der Zeitpunkt der Befragung (Februar/März 2014) fiel genau in den Zeitraum der Eskalation der Proteste in Kiew, die bereits im November 2013 ihren Anfang genommen hatten. Damals verkündete die ukrainische Regierung unter Präsident Janukowytsch, dass sie das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union nicht unterzeichnen wolle. Seitdem beherrschten die anhaltenden und heftigen Proteste die Berichterstattung in den

Medien. Am 18. Februar und an den folgenden Tagen kam es am Unabhängigkeitsplatz in Kiew zu schweren Zusammenstößen zwischen Regierungsgegnern und der Polizei. Auch das Versprechen Janukowytschs auf die Bildung einer Übergangsregierung, vorgezogene Präsidentschaftswahlen sowie die Änderung der Verfassung führten nicht zur Beilegung des Konflikts. Nachdem das Parlament Janukowytsch für abgesetzt erklärt hatte, übernahm die Übergangsregierung unter Jazenjuk die Führung des Landes und setzte Neuwahlen für den 25. Mai 2014 an. Zeitgleich wurde die Halbinsel Krim von der russischen Regierung völkerrechtswidrig annektiert.

All diese Ereignisse erregten international große Besorgnis. Aber auch 6% der Russen insgesamt – und 11% in der Region Moskau - zeigen sich in dieser Befragung explizit beunruhigt über die Ereignisse in der Ukraine. Dass die russische Bevölkerung jedoch mehrheitlich hinter der Politik Putins steht, zeigen die Ergebnisse einer Studie zur Beliebtheit von Politikern: 69% der darin befragten Russen stimmen der Politik ihres Staatsoberhauptes zu – und bescheren Putin damit ein Umfragehoch. Es bleibt abzuwarten, wie sich der Ukraine-Konflikt weiter entwickeln und ob das Thema auch 2015 unter den Top-Sorgen vertreten sein wird.



Russland – zentrale Ergebnisse (2)

Die zweitgrößte Herausforderung in Russland stellen die **Renten** bzw. die **Altersversorgung** dar. Zwar stagniert diese Sorge der Russen im Vergleich zum Vorjahr bei 13%, rückt aber dieses Jahr noch einmal einen Rangplatz nach oben. Tatsächlich belegt das Land in einem Ranking der Wohltätigkeitsorganisation HelpAge International lediglich Platz 78. In der Untersuchung wurde die Lebensqualität von Senioren ab 60 Jahren anhand offizieller Daten hinsichtlich des Gesundheitszustands, des Bildungsgrads, der Beschäftigung sowie des Einkommens berücksichtigt. Die Durchschnittsrente beispielsweise liegt derzeit bei 10 Tsd. Rubel, was umgerechnet etwa 215 Euro entspricht. Und jüngst kündigte die russische Regierung an, für 2014 und 2015 insgesamt mehr als 500 Milliarden Rubel – ca. 10 Milliarden Euro – zurückzuhalten, um das überschuldete Rentensystem zu konsolidieren und die Einlagen auch in Zukunft sicherstellen zu können. Zudem wird die Anzahl der Rentner weiter zunehmen, nach Experteneinschätzung von derzeit 40 Millionen bis zum Jahr 2020 auf 50 Millionen. Eine Anhebung des Rentenalters von aktuell 55 Jahren bei den Frauen und 60 Jahren bei Männern wird daher für unausweichlich gehalten. Doch bislang wehrt sich die Politik gegen

diese Maßnahme, denn die Rentner stellen immerhin 40 Prozent der Wahlberechtigten im Land – und die nach einem solchen Schritt vermutlich stark wachsende Besorgnis könnte weitreichende Folgen haben.

Deutlich an Brisanz verloren hat dagegen die Sorge um die **Wohnsituation** bzw. die **Miet- und Immobilienpreise**, die sich seit dem Vorjahr auf aktuell 11% halbiert hat. Wie auch bei der Sorge um die Preis- und Kaufkraftentwicklung ist das der niedrigste Wert, der seit Studienbeginn gemessen wurde. Dennoch bleibt das Thema unter den Top 3, rückt aber erstmalig hinter die Sorge um die Renten- und Altersversorgung. Tatsächlich scheint es eine spürbare Entspannung zu geben, wenn man die amtliche Statistik betrachtet: So wurden 2013 912 Tsd. Wohnungen fertiggestellt, das entspricht einer Steigerungsrate von 5,6% zum Vorjahr. Bei den Einfamilienhäusern wurde sogar 7,1% mehr Wohnfläche fertiggestellt. Offenbar zeigt die politische Strategie für den verstärkten Wohnungsbau in Russland, die bereits im Jahr 2008 beschlossen wurde, inzwischen Wirkung.



Russland – zentrale Ergebnisse (3)

Ebenfalls auf Vorjahresstand liegt die Sorge über die **Arbeitslosigkeit**, die 11% der russischen Bürger als dringend zu lösende Aufgabe sehen. Damit steht das Thema zum zweiten Mal in Folge auf Rang 4 der Sorgenliste. Wirft man einen Blick auf die Arbeitslosenquote nach ILO-Standard, so ist der Anteil der erwerbslos gemeldeten Personen von 2012 auf 2013 mit je 5,5% ebenfalls konstant geblieben und liegt damit drei Prozentpunkte unter dem Niveau des Krisenjahres 2009. Doch Prognosen zufolge wird die Arbeitslosigkeit wieder steigen, und zwar in 2014 auf rund 5,9%. Auch wenn das Niveau im Vergleich zu anderen europäischen Staaten immer noch verhältnismäßig niedrig ist, so verbergen sich dahinter große regionale Unterschiede und ein stark gewachsener Anteil an Schwarzarbeit.

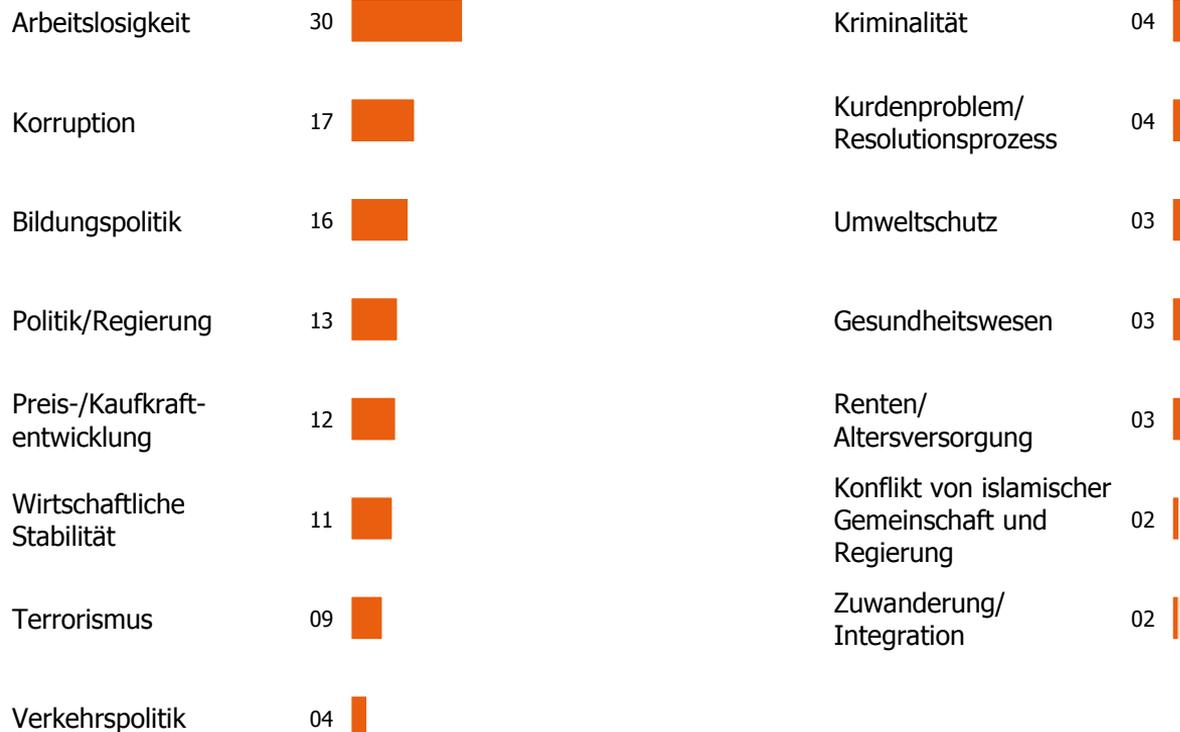
Darüber hinaus wirkt sich auch die wirtschaftliche Entwicklung, die an Schwung verloren hat, auf die Arbeitslosenquote aus: So sank im Jahr der Wirtschaftskrise 2009 das BIP laut Angaben der Weltbank um 7,8%. 2010 war das Tief überwunden und die Wirtschaftsleistung wuchs wieder um 4,5%. Danach schwächte sich das Wirtschaftswachstum ab, in 2012 ist das BIP um 3,4%

gewachsen und 2013 wurde nur noch ein Anstieg um 1,3% gemessen. Darüber hinaus wirkt sich die starke Abwertung des Rubels bremsend auf die Wirtschaftsleistung aus, denn Investoren wenden sich vermehrt von der russischen Währung ab. Entsprechend dieser negativen Entwicklung wächst die Sorge um **die wirtschaftliche Stabilität** um zwei Prozentpunkte an und liegt aktuell bei 8%. Diese Faktoren sowie die Lage in der Ukraine könnten die Beunruhigung im nächsten Jahr weiter steigen lassen: Die Weltbank warnt vor einer Rezession und prognostiziert eine um 1,8% schrumpfende russische Wirtschaft.

Mit **1,5 genannten Herausforderungen** liegt das Land international im unteren Drittel des Sorgenrankings.

Die Herausforderungen in der Türkei 2014 – Top 15

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in der Türkei zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis: 1.242 Befragte



Türkei – zentrale Ergebnisse (1)

Die Türkei ist in diesem Jahr erstmals in der Länderauswahl der *Challenges of the Nations* enthalten. In dem Land, das seit 1999 als möglicher Beitrittskandidat zur Europäischen Union gilt, gibt es ähnlich gelagerte, aber auch grundverschiedene Herausforderungen verglichen mit dem übrigen Europa. **Mit 1,5 genannten Herausforderungen** liegt das Land international im unteren Drittel des Sorgenrankings.

Auch in der Türkei steht die Sorge um die **Arbeitslosigkeit** mit 30% ganz oben auf der Agenda. Der OECD zufolge belief sich die Arbeitslosenquote 2013 auf 8,7% und ist damit seit 2012 leicht gestiegen (8,2%). Trotz dieser aktuellen Zunahme ist langfristig eine Erholung des Arbeitsmarktes zu beobachten, denn 2009 lag die Arbeitslosenquote noch bei 12,6%. Angestiegen ist auch die Jugendarbeitslosenquote, und zwar von 15,7% in 2012 auf 17% in 2013 – gemessen am bisherigen Höchststand von 22,9% in 2009 und im Vergleich zu anderen südeuropäischen Ländern wie z.B. Griechenland (58,3%) ein noch immer verhältnismäßig moderater Wert. Bei der Arbeitslosenquote zeigt sich ein starkes Gefälle zwischen den strukturschwachen ländlichen Gebieten im Osten und Südosten und den wirtschaftlichen Metropolen wie Istanbul. Darüber hinaus stellen vor allem der hohe Anteil der Schwarzarbeit

und der geringe Frauenanteil an der erwerbstätigen Bevölkerung eine Herausforderung dar.

Auf dem zweiten Rang der drängendsten Aufgaben befindet sich die **Korruption** mit 17%, mit Ausnahme von Spanien (29%) ist das im europäischen Vergleich ein ungewöhnlich hoher Wert. Laut Transparency International weist die Türkei einen CPI-Wert von 50 Punkten auf, was für eine deutlich wahrgenommene Korruption spricht. Hintergrund dafür dürfte auch der aktuelle Korruptionsskandal sein, der bis in höchste Regierungskreise reicht: Ende 2013 wurden Regierungsmitglieder, die Söhne zweier Minister und Kommunalpolitiker aus Erdoğan's Partei AKP der Unregelmäßigkeiten verdächtigt, im Anschluss daran wurde das Kabinett umgebildet. Auch Erdoğan selbst geriet im Februar 2014 ins Visier der Öffentlichkeit, als Audio-Mitschnitte bei YouTube eingestellt wurden, die angeblich Gespräche zwischen ihm und seinem Sohn über hohe Geldsummen wiedergaben. Damit nicht genug wurden hohe Polizeibeamte ihrer Ämter enthoben, Polizisten durften nicht mehr ohne Wissen ihrer Vorgesetzten ermitteln und Journalisten wurde der Zutritt zu Polizeistationen verboten.



Türkei – zentrale Ergebnisse (2)

Sicherlich trägt der Korruptionsskandal auch dazu bei, dass 13% der Türken ihre Bedenken im Hinblick auf die **Politik** und die **Regierung** äußern (Platz 4). Über die Korruptionsvorwürfe hinaus gibt es weitere Kritikpunkte: Die niedergeschlagenen Gezi-Park-Proteste, die Kritik an der zunehmenden Islamisierung oder einem autoritären Führungsstil. Trotz der massiven Kritik an Erdoğan's Politik ergab die Kommunalwahl Ende März 2014 – 3 Wochen nach Befragungsende – eine klare Mehrheit für die regierende AKP, obwohl die türkische Opposition Chancen gesehen hatte, in den Städten und Gemeinden Stimmen zu gewinnen. Skandale und Korruptionsvorwürfe haben Erdoğan und der AKP also offenbar nicht geschadet. Selbst für die Sperrung der Internetangebote Twitter und YouTube unmittelbar vor der Kommunalwahl wurde der Regierungschef von den Wählern nicht abgestraft. Medienberichten zufolge könnte das positive Wahlergebnis Erdoğan darin bestärken, bei der im August anstehenden Präsidentschaftswahl erneut anzutreten.

Auf dem dritten Rang liegt die Sorge über die **Bildungspolitik**, die von 16% der Befragten als Heraus-

forderung gesehen wird. Trotz steigender Investitionen in die Bildung schnitt die Türkei bei der Pisa-Studie 2012, die im Dezember 2013 veröffentlicht wurde, nicht gut ab. Die Türkei lag im Endergebnis auf dem 44. Platz bei 65 teilnehmenden Ländern. Seit die AKP im November 2002 die Regierung übernahm, wurden zahlreiche Reformen im Bildungswesen angestoßen, die aber als zum Teil wenig durchdacht kritisiert werden. Besonderen Handlungsbedarf sehen internationale Organisationen bei der Chancengleichheit für alle sozialen Schichten und den Einbezug von Mädchen in das Bildungswesen. Maßnahmen zur Verbesserung dieser Punkte werden von der EU und UNICEF unterstützt.

Türkei – zentrale Ergebnisse (3)



Die **Preis-** und **Kaufkraftentwicklung** wird von 12% mit Sorge betrachtet, das bedeutet Position 5 der Rangfolge. Durch die Situation auf den Kapitalmärkten und den darauf folgenden Abzug von Investoren, der durch die politischen Unsicherheiten im Sommer 2013 verstärkt wurde, verlor die türkische Lira an Wert - gegenüber dem Euro zeitweise um etwa 30%. Zwar wurde durch eine Leitzinserhöhung im Januar 2014 dem Abwärtstrend entgegengesteuert, doch die Preise verzeichneten 2013 einen Anstieg um 7,5%. Die Entwicklung der Einkommen blieb jedoch hinter dieser Inflationsrate zurück, so dass die Realeinkommen gesunken sind. Ein großer Teil der Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft bezieht darüber hinaus nur den gesetzlichen Mindestlohn, der aktuell umgerechnet etwa nur 350 Euro beträgt; dies bringt die ärmere Bevölkerung an den Rand des Existenzminimums. Kein Wunder also, dass die Bürger weniger die Preise, sondern vielmehr die Höhe der Löhne und die erhöhten Lebenshaltungskosten als zu lösendes Problem anmahnen.

Ein weiteres wichtiges Thema in der Türkei ist die Sorge um den **Terrorismus** auf Platz 7, die 9% nennen. Außerdem sind 4%

explizit besorgt über das **Kurdenproblem**, das damit an zehnter Stelle steht. Die Kurdische Arbeiterpartei PKK hatte 2011 erneut den bewaffneten Kampf aufgenommen und fortgesetzt. Bei Kämpfen und Anschlägen wurden 2012 auf beiden Seiten insgesamt etwa 500 Menschen getötet. Möglicherweise gibt es aber Anlass zur Hoffnung, denn Ende September 2013 hat Premierminister Erdoğan – nach längerer Verhandlungspause – in einem „Demokratiepakt“ der kurdischen Bevölkerung mehr kulturelle Rechte eingeräumt. Es wird sich jedoch erst noch zeigen, ob die neu aufgenommenen Verhandlungen langfristig zu einer Lösung im jahrzehntelang andauernden Konflikt führen werden.

Die Herausforderungen in den USA 2014 – Top 15

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in den USA zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis: 1.000 Befragte

USA – zentrale Ergebnisse (1)



Die Hauptsorge der US-Bevölkerung, die in 2014 erstmals im Rahmen dieser Studie befragt wurde, gilt der **Arbeitslosigkeit**. Mit 23% sieht gut jeder vierte Amerikaner die Arbeitsmarktsituation als eines der zentralen Probleme des Landes. Der Arbeitsmarkt hat sich, trotz einer positiven Entwicklung, noch nicht vollständig von der Krise erholt. Vor der globalen Wirtschaftskrise lag der Anteil an Erwerbslosen laut OECD bei 4,6%, 2010 dann bei 9,6%. Seit Mitte des letzten Jahres lässt sich ein kontinuierlicher Rückgang der Arbeitslosenquote auf 6,3% im April 2014 verzeichnen. Zusätzlich dürfte das im Vergleich schwächer ausgeprägte soziale Sicherungssystem der USA die Sorgen im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit in der Bevölkerung schüren: 2% der Bürger sehen bei der **sozialen Sicherung** Handlungsbedarf.

In engem Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt steht die **wirtschaftliche Stabilität**. Trotz des zu erkennenden Aufwärtstrends der US-Wirtschaft stellt dieses Thema für 18% der Amerikaner eine wichtige Aufgabe dar, damit liegt es auf dem zweiten Platz des Rankings. Das BIP konnte nach Eurostat um 2,8% in 2012 und 1,9% in 2013 wachsen.

Ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Stabilität in den USA stellt auch die **Konsolidierung der Staatsfinanzen** dar. Dieses Thema belegt mit 10% den fünften Rang der Sorgenliste. Der andauernde Grundsatzstreit über die Sanierung des Staatshaushalts – die Demokraten fordern eine Erhöhung der Steuern, die Republikaner dagegen Kürzungen bei den Sozialausgaben – trägt sicherlich zu dieser großen Besorgnis bei. Im Januar wurde das Ausgabengesetz für das Haushaltsjahr 2014 vom Senat verabschiedet, knapp vor dem Auslaufen eines Übergangsbudgets, so dass eine Haushaltskrise wie im Oktober 2013 vermieden werden konnte. Damals kam es zu einem sogenannten „Shutdown“, der dem Land 16 Tage Stillstand der öffentlichen Verwaltung einbrachte. Erst im Dezember hatte sich der Kongress auf den finanziellen Spielraum des Staatshaushaltes für die Jahre 2014 und 2015 einigen können. Während des Erhebungszeitraums zeichneten sich bereits weitere Debatten hinsichtlich einer erneuten Erhöhung der Schuldenobergrenze ab.

So äußern auch 15% der US-Amerikaner Kritik an der **Politik** und der **Regierung**, das bedeutet den dritten Rangplatz.

USA – zentrale Ergebnisse (2)



Zudem hat Präsident Obama einer Gallup-Studie zufolge seit 2011 an Vertrauen in der Bevölkerung eingebüßt: Damals sprachen ihm noch 61% ihr Vertrauen aus, im November 2013 taten dies nur noch 50%. Auch die verhärteten Fronten zwischen Republikanern und Demokraten, insbesondere beim Haushaltsstreit, dürften zu dieser Beunruhigung beitragen.

Der merkliche Vertrauensrückgang in die Regierung ist vermutlich aber auch auf den Streit um die Gesundheitsreform zurückzuführen: So sehen in den Problemen des **Gesundheitswesens** 13% der Bürger eine zu lösende Herausforderung. Das amerikanische Gesundheitssystem, das auf den zwei Pfeilern der öffentlichen und der privaten Vorsorge aufbaut, gilt als eines der teuersten aller OECD-Länder. Dabei hatten mehr als 40 Millionen Amerikaner Ende 2013 keine Krankenversicherung. Durch das Reformprojekt „Patient Protection and Affordable Care Act“ (PPACA), häufig auch „Obamacare“ genannt, das zum Jahresende 2013 anlieft, soll zukünftig eine bezahlbare Basisversorgung für alle Amerikaner gewährleistet werden. Die „**Obamacare**“, eine der größten Sozialreformen der letzten fünfzig Jahre, wird von weiteren 4% der Bevölkerung explizit thematisiert. Die technischen

Startschwierigkeiten, die für einige Versicherte steigenden Kosten sowie weitere Schwächen der Reform dürften hierbei sicherlich eine Rolle spielen. Nachdem Ende 2013 erst etwa drei Mio. Anmeldungen vorlagen, konnten bis Anfang April 2014 dann aber knapp sieben Mio. Einschreibungen erreicht werden.

Ein weiteres Sorgenthema, welches mit 8% an sechster Stelle rangiert, ist die **Armut**. Laut einer Statistik des US Census Bureau waren in 2012 rund 46 Millionen Personen von Armut betroffen, was einer Armutsquote von 15,0% entspricht. Die Armutsquote bei Kindern unter 18 Jahren lag sogar bei 22% – somit lebt gut jedes fünfte Kind in den USA in Armut. Auch das damit verwandte Thema **Obdachlosigkeit** beschäftigt explizit 2% der Amerikaner: Schätzungen für 2012 haben ergeben, dass über 630.000 Menschen ihre Nächte ohne feste Unterkunft oder auf der Straße verbringen.

Mit nur **1,5 genannten Sorgen** belegen die pragmatischen Amerikaner den drittletzten Platz des internationalen Rankings.

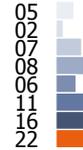
Die Herausforderungen in den Niederlanden 2014

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in den Niederlanden zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

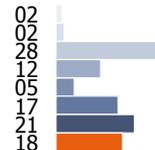


Basis 2014: 1.012 Befragte

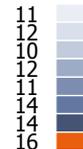
Arbeitslosigkeit



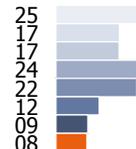
Wirtschaftliche Stabilität



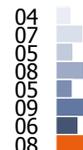
Gesundheitswesen



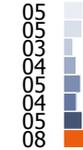
Kriminalität



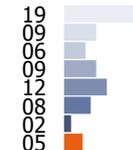
Politik/Regierung



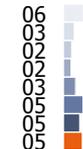
Altersfürsorge



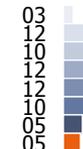
Zuwanderung/ Integration



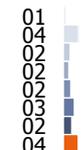
Armut



Werteentwicklung/ Moral



Steuerpolitik



Nachrichtlich:
 Bildungspolitik: 4%
 (2013: 5%)
 Umweltschutz: 4%
 (2013: 3%)



Niederlande – zentrale Ergebnisse (1)

In der Bekämpfung der **Arbeitslosigkeit** sehen die Niederländer 2014 zum ersten Mal seit Beginn dieser Studie die größte Herausforderung: So nennen 22% die Arbeitslosigkeit als dringende Aufgabe, was einem Anstieg von 6 Prozentpunkten entspricht. Ein Blick auf die längerfristige Entwicklung der Arbeitslosenquote zeigt, dass diese wachsende Besorgnis nicht unbegründet ist: Laut OECD ist der Anteil an Arbeitslosen von noch 4,5% in 2011 über 5,3% im Jahr 2012 auf 7,3% im Februar 2014 gestiegen.

Während die Sorge um die Arbeitslosigkeit zunimmt, geht die Beunruhigung über die **wirtschaftliche Entwicklung** leicht zurück. War dieses Thema 2013 noch auf dem ersten Platz, so liegt es mit einem Rückgang um drei Prozentpunkte auf 18% nun auf dem zweiten Rang. Womöglich ist das aber ein Appell an die Verantwortlichen, sich mehr mit der Schaffung von Arbeitsplätzen zu beschäftigen, denn um die niederländische Wirtschaft ist es nicht zum Besten bestellt. Die niederländische Handelsnation ist eine exportorientierte, international gut vernetzte Ökonomie, die auf einem starken Dienstleistungssektor fußt. In regelmäßigen

Abständen findet sich das Land unter den fünf größten Exportnationen und ist nach den USA der zweitgrößte Exporteur von landwirtschaftlichen Produkten. Der Rotterdamer Hafen gilt als Gateway nach Europa. Trotzdem befinden sich die Niederlande in einer Rezession. So weist das Land für 2012 eine Wachstumsrate des realen BIP von -1,2% gegenüber dem Vorjahr auf. Für 2013 ist eine weitere negative Entwicklung von -0,8% festzustellen. Und im November 2013 entzog dann die Ratingagentur „Standard & Poor’s“ den Niederlanden die Bestnote für die Kreditwürdigkeit und setzte diese von AAA auf AA+. Erst für 2014 wird wieder ein Wachstum von +0,5% prognostiziert.

Seit 2011 sorgen sich die Niederländer immer weniger um die **Kriminalität**, nur noch 8% der Befragten nennen die Verbrechensbekämpfung als eine Herausforderung. Das könnte an der ebenfalls stetig rückläufigen Kriminalitätsrate liegen: So kündigte das niederländische Justizministerium Mitte 2013 an, acht Gefängnisse schließen zu wollen, da die Kapazität bei 14.000 Gefangenen liege, tatsächlich aber nur 12.000 inhaftiert seien.



Niederlande – zentrale Ergebnisse (2)

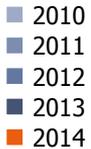
Auf dem dritten Platz der Sorgenliste rangiert das **Gesundheitswesen**. Die Besorgnis ist im Vergleich zu 2013 um zwei Prozentpunkte angestiegen und erreicht mit aktuell 16% einen neuen Höchststand. Das Gesundheitssystem in den Niederlanden befindet sich seit der grundlegenden Reform von 2006 und den im Koalitionsvertrag 2012 festgelegten weiteren Punkten in einem tiefgreifenden Wandel. Die Ausgaben für das Gesundheitswesen sind seit 2007 stark gestiegen. Damit steht das Gesundheitssystem unter dem Druck, Kosten einsparen zu müssen. So werden manche Behandlungen nicht mehr von den Krankenkassen übernommen oder eingeschränkt. Als ein wesentlicher Schritt zur Kostendeckung folgte die Abkehr von einer Finanzierung durch Pauschalbeträge hin zu einkommensabhängigen Beiträgen. Dabei kann zwischen einer Basisversorgung und erweiterten Paketen gewählt werden. Insbesondere für höhere, aber auch für mittlere Einkommen bedeutet dies eine spürbare Mehrbelastung. Es erstaunt also nicht, dass die Sparmaßnahmen der Regierung unter Ministerpräsident Rutte und die darauf folgenden Veränderungen im Gesundheitswesen nicht unumstritten sind. Allerdings wird das System von offizieller Seite – trotz der hohen Ausgaben - sehr gelobt, es belegt beispielsweise

im Euro Health Consumer Index 2013 erneut den ersten Platz. Attestiert werden der Gesundheitsversorgung beispielsweise ein hoher Grad an Patientenorientierung sowie eine starke Konkurrenz unter den privaten Krankenversicherungen. Sowohl im Hinblick auf weitere Maßnahmen als auch auf die Einschätzung der Bevölkerung bleibt die künftige Entwicklung abzuwarten.

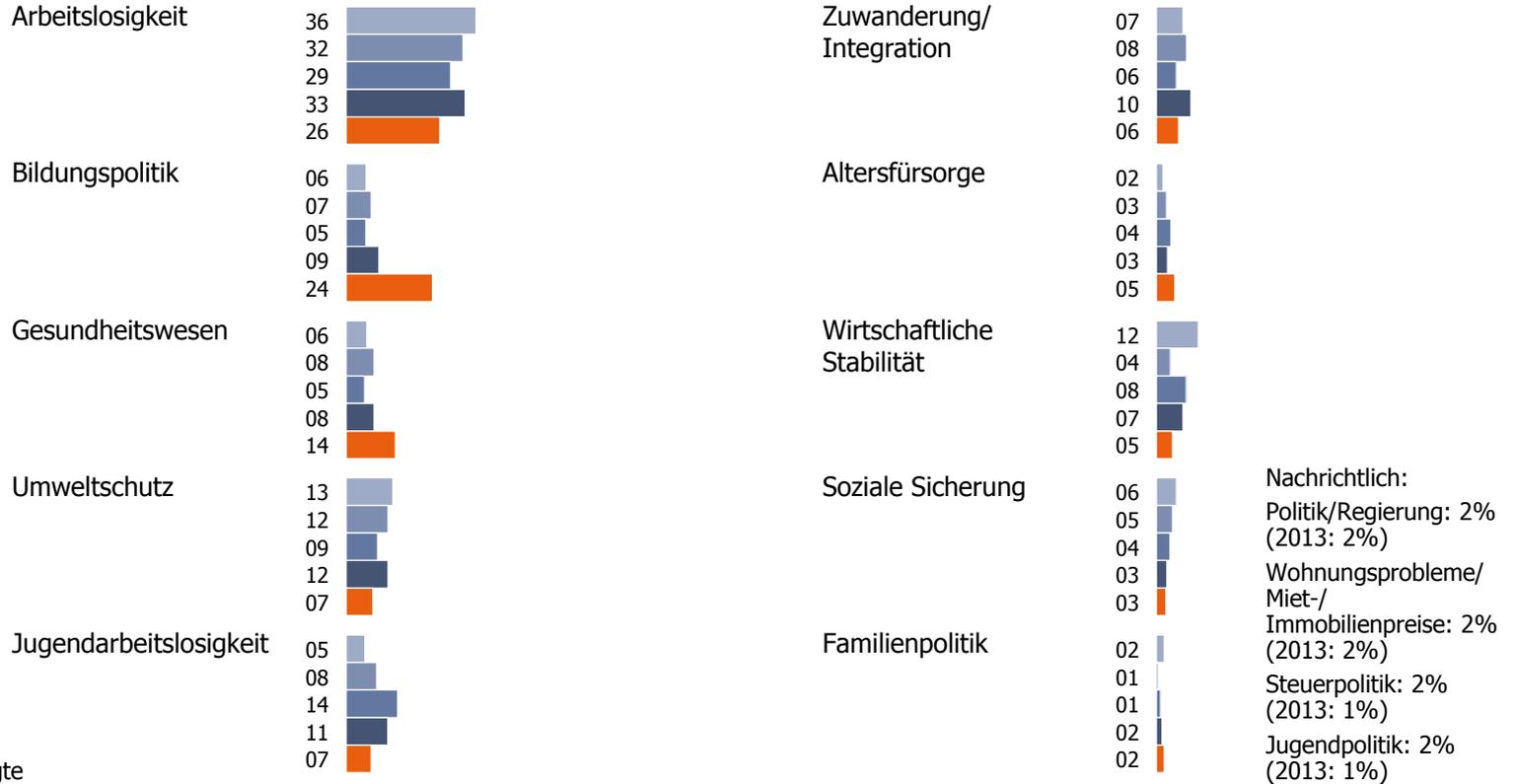
Die Kritik an der **Politik** bzw. der **Regierung** wird in diesem Jahr wieder etwas lauter, der Anteil der Nennungen steigt von 6% in 2013 auf aktuell 8%. Dies dürfte eng mit den bereits erwähnten Maßnahmen der Regierung verknüpft sein, die auch ein Sparpaket beinhalten, mit dem bis 2017 16 Milliarden Euro eingespart werden sollen. Darüber hinaus wird eine stufenweise Erhöhung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre umgesetzt, mit der dem demografischen Wandel begegnet werden soll. Auch in den Niederlanden werden die Menschen immer älter, inzwischen sind laut WHO 23% über 60 Jahre alt. Möglicherweise sind diese Entwicklungen dafür verantwortlich, dass auch die Besorgnis um die (künftige) **Alterssicherung** von 5% auf 8% zulegt. Mit nur 1,4 genannten Sorgen belegen die Niederlande den vorletzten Platz des internationalen Rankings.

Die Herausforderungen in Schweden 2014

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Schweden zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2014: 1.000 Befragte





Schweden – zentrale Ergebnisse (1)

In Schweden herrscht mit 1,2 genannten Herausforderungen im Vergleich der 17 Länder der geringste Problemdruck. Dennoch sehen die Bürger Verbesserungsbedarf: Mit 26% führt die **Arbeitslosigkeit** die Sorgenliste in Schweden an, was einen Rückgang um sieben Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. 2013 war die Besorgnis vermutlich aufgrund der ebenfalls zunehmenden Arbeitslosenquote angestiegen. Nach einer deutlichen Erholung war diese von 7,8% in 2011 auf 8,0% in 2012 geklettert und blieb 2013 stabil auf diesem Niveau. Anfang des Jahres 2014 war dann wieder ein leichter Anstieg auf 8,2% zu verzeichnen. Die Entwicklung der Arbeitslosenquote ist somit kein klarer Indikator dafür, dass die Sorge um die Arbeitslosigkeit auf den bisher niedrigsten Stand seit Studierenerhebung in Schweden sinkt. Möglicherweise haben die guten Wirtschaftsaussichten für Schweden, die die Bürger hoffnungsvoller in die Zukunft blicken lassen, hier einen stärkeren Einfluss.

Das verwandte Thema der **Jugendarbeitslosigkeit** hatte 2012 mit 14% einen Höchstwert erreicht, seitdem ist die Besorgnis auf aktuell 7% zurückgegangen. Das bedeutet aktuell Rang 5 nach

Platz 3 im Vorjahr. Während sich die Besorgnis also halbiert hat, entwickelt sich die tatsächliche Beschäftigung der unter 25-Jährigen nicht so positiv: Nach einem Rückgang auf 22,8% in 2011 ist die Arbeitslosenquote gemäß OECD 2012 wieder auf 23,6% gestiegen. Seitdem stagniert die Jugendarbeitslosigkeit auf diesem Niveau. Angesichts dieser Situation wäre mit einer größeren Beunruhigung zu rechnen gewesen – womöglich zeigt sich diese jedoch an anderer Stelle.

So hat die **Bildungspolitik** mit einem Anstieg von 9% auf 24% aktuell deutlich an Brisanz gewonnen und belegt nun Platz 2 des Sorgenrankings. Ein Grund hierfür könnte in den Protesten liegen, bei denen Mitte 2013 junge Schweden ihrem Ärger über die Arbeitsmarktsituation Luft machten und für Aufmerksamkeit sorgten. Der Mangel an Chancen und Perspektiven der jungen Generation, insbesondere der jungen Einwanderer, auf dem Arbeitsmarkt liegt auch an Versäumnissen im Bildungssystem. Diese wurden durch das schlechte Abschneiden Schwedens bei der Pisa-Studie im Dezember 2013 dokumentiert.



Schweden – zentrale Ergebnisse (2)

Laut der Pisa-Studie liegen einerseits die Schülerleistungen beim Lesen, in der Mathematik und in den Naturwissenschaften unter dem Durchschnitt. Andererseits zeigen sich große Leistungsunterschiede zwischen lernschwachen und lernstarken Schülern. Dafür gibt es vielfältige Gründe, zu deren Bekämpfung bereits Maßnahmen ergriffen wurden. Allerdings wird es auch im einstigen Vorzeigeland pädagogischer Reformen einige Jahre dauern, bis diese Maßnahmen greifen.

Auch das **Gesundheitswesen** erhält in diesem Jahr bedeutend mehr Aufmerksamkeit. Die Besorgnis ist um sechs Prozentpunkte angestiegen und rangiert nun mit 14% auf dem dritten Platz. Dabei attestiert der jüngste OECD-Bericht der schwedischen Gesundheitsversorgung eine hohe Funktionalität und vergibt die Auszeichnung als weltbestes System. In punkto Behandlungsqualität mag das stimmen, doch dafür müssen die Patienten erst einen Termin bekommen. Laut des Euro Health Consumer Index 2013 werden die langen Wartezeiten auf einen Arztbesuch besonders kritisiert. Dadurch rutscht Schweden in der Länder-Rangfolge des EHCI von Platz 6 auf Platz 11.

Entspannung zeigt sich dagegen beim Thema **Umweltschutz**: Die Besorgnis ist von 12% auf 7% zurückgegangen und belegt nun Platz 4 der Sorgenliste. Möglicherweise warten die Schweden nun erst einmal ab, welche Auswirkungen das aktuelle Energieprogramm mit sich bringt. Dieses sieht bis Ende 2020 die Abkopplung von der fossilen Energie vor, wobei die Hälfte des Energiebedarfs von regenerativen Energien abgedeckt werden soll. Dies impliziert aber, dass die andere Hälfte über Kernenergie, die nicht erst seit Fukushima umstritten ist, gewonnen werden muss.

Auch bei dem Thema der **Zuwanderung bzw. Integration** zeigt sich ein Rückgang um vier Prozentpunkte auf 6% in 2014. Die größere Besorgnis im letzten Jahr war wohl auf den erhöhten Zulauf von Asylbewerbern aus den Ländern des Arabischen Frühlings und auf die von Parteien und Medien öffentlich geführte Diskussion um die Zuwanderungs- und Integrationspolitik zurückzuführen. Schweden nimmt, gemessen an der Bevölkerung pro Kopf, bereits mehr Flüchtlinge auf als alle anderen Länder der EU.

Schweden – zentrale Ergebnisse (3)



Auch mit der Entscheidung, dass Flüchtlinge aus Syrien seit September 2013 auf Wunsch einen unbefristeten Aufenthaltsstatus erhalten, bleibt das Land seinem Anspruch als Helfer in Not geratener Flüchtlinge treu. Darüber herrscht ein gesellschaftlicher sowie parteiübergreifender politischer Konsens.

	 Nigeria	 Deutschland	 Frankreich	 Brasilien	 Italien	 Belgien	 Großbritannien	 Österreich	 Spanien
Wachstumsrate BIP (real) in % - 2013 vgl. Eurostat	6,7*	0,4	0,2	0,9*	-1,9	0,2	1,3	0,9*	-1,2
Arbeitslosenquote in %-2013 vgl. OECD	7,5**	5,3	10,3	6,6**	12,2	8,5	7,5	4,9	26,4
Arbeitslosenquote in %-2012 vgl. OECD	7,5**	5,5	9,8	6,9**	10,7	7,6	7,9	4,4	25,1
Inflationsrate in %-2013 vgl. OECD	12,2*	1,5	0,9	6,2	1,2	1,1	2,6	2,0	1,4

	 Polen	 Schweiz	 Südafrika	 Russland	 Türkei	 USA	 Niederlande	 Schweden
Wachstumsrate BIP (real) in % - 2013 vgl. Eurostat	1,6	2	2,5*	3,4*	2,2*	1,9	-0,8	1,5
Arbeitslosenquote in %-2013 vgl. OECD	10,4	4,4	25,3**	5,5**	8,7	7,4	6,7	8,0
Arbeitslosenquote in %-2012 vgl. OECD	10,1	4,2	25,0**	5,5**	8,2	8,1	5,3	8,0
Inflationsrate in %-2013 vgl. OECD	1,0	-0,2	5,8	6,8	7,5	1,5	2,5	0,4

Eurostat/OECD: Stand April 2014

*vgl. Weltbank (2012)

** vgl. International Labour Organisation (ILO) (2012/2013, Stand April 2014)

 freie Antworten	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Arbeitslosigkeit	39	39	62	66	61	81	79	86	71	66	59	74	75	77	81	80	67	53	57	66	55	34	32	33
Preis-/Kaufkraftentwicklung	13	8	9	7	7	4	5	4	2	5	15	14	10	9	11	11	18	37	13	24	33	26	29	26
Renten/Altersversorgung	4	3	10	9	10	17	15	14	10	17	15	12	18	20	12	18	18	23	9	19	17	13	14	24
Armut*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	2	3	10	6	5	6	12	13	14
Zuwanderung/Integration	38	68	31	24	20	18	15	12	11	11	13	13	7	6	7	13	7	9	7	8	16	7	8	13
Bildungspolitik	1	1	1	1	1	1	1	3	3	3	4	5	4	6	7	9	10	17	14	14	23	12	16	12
Kriminalität	2	7	9	18	19	13	9	19	9	10	10	17	10	7	6	6	10	13	8	15	17	7	8	11
Soziale Sicherung	4	4	11	6	8	9	8	9	7	7	7	8	12	13	7	10	8	13	13	17	25	11	12	11
Umweltschutz	23	16	15	15	23	13	6	5	4	6	11	5	4	3	3	5	16	12	7	10	14	12	7	10
Familienpolitik*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	4	2	2	4	7	9	8	9	7	13	9	10	10
Gesundheitswesen	2	4	10	4	2	3	4	6	2	6	5	5	15	14	7	15	13	12	10	21	19	11	7	10
Wirtschaftliche Stabilität	10	9	14	13	7	7	7	5	4	4	4	11	16	16	12	8	6	7	36	26	14	24	16	10
Staatsfinanzen	7	7	8	5	6	7	9	10	8	3	5	3	8	5	3	6	7	2	9	12	8	9	10	7
Politik/Regierung	1	3	3	4	1	2	3	3	2	4	3	6	7	8	8	6	7	9	10	10	12	13	7	7
Steuerpolitik	4	3	3	3	4	5	7	4	4	7	5	7	6	5	5	6	9	11	7	10	12	9	8	6
Basis:	2898	3031	2992	2141	2455	2427	2521	2486	2492	2451	2452	2022	1959	1979	1955	1974	1971	2010	2072	2063	2076	2087	2042	2018

*Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen

 freie Antworten	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Arbeitslosigkeit	30	31	58	63	58	80	77	84	69	64	55	71	73	75	80	79	64	51	55	64	53	32	28	32
Renten/Altersversorgung	3	3	11	10	11	19	17	16	11	19	16	13	19	22	14	20	19	24	9	19	18	13	14	26
Preis-/Kaufkraftentwicklung	15	10	11	7	8	4	5	4	2	5	14	12	9	9	11	10	16	37	13	22	31	24	26	23
Armut*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	2	3	9	5	5	6	11	13	15
Zuwanderung/Integration	44	73	35	28	23	20	17	14	10	12	13	15	7	7	6	15	8	10	8	9	17	7	8	14
Bildungspolitik	1	1	1	1	1	1	1	3	3	3	4	5	5	7	7	9	10	17	14	14	23	12	17	12
Kriminalität	2	5	8	16	18	11	8	17	9	8	9	17	9	6	6	6	10	13	7	15	16	7	8	11
Soziale Sicherung	2	2	10	5	7	8	6	9	6	6	7	7	11	11	7	9	7	12	12	17	24	10	13	11
Umweltschutz	26	18	17	17	26	15	7	5	5	7	13	6	5	3	3	5	16	14	8	11	14	13	7	11
Familienpolitik*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	4	2	2	4	7	10	8	9	7	13	9	10	10
Gesundheitswesen	2	5	12	5	2	3	5	6	2	6	5	5	16	15	8	15	13	12	10	21	17	10	8	10
Wirtschaftliche Stabilität	5	5	12	13	6	6	7	5	4	4	4	11	16	17	12	7	5	6	38	27	14	25	16	9
Steuerpolitik	5	3	4	3	4	5	8	5	4	8	6	7	7	5	5	7	9	11	7	11	12	10	9	7
Staatsfinanzen	8	8	10	6	7	8	10	11	9	3	5	4	8	6	3	6	7	2	10	13	8	10	10	7
Politik/Regierung	1	3	3	4	1	1	3	3	2	4	3	6	6	8	8	5	6	9	10	10	11	14	6	6
Basis:	1942	2028	1997	1708	1945	1932	2002	1975	1979	1946	1952	1607	1557	1575	1560	1575	1575	1614	1666	1669	1723	1732	1621	1608

*Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen

 freie Antworten	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Arbeitslosigkeit	75	73	80	78	74	86	85	92	78	76	79	87	82	84	86	85	76	63	63	73	68	45	44	40
Preis-/Kaufkraftentwicklung	6	2	2	6	2	4	4	6	3	5	20	14	14	10	13	13	27	39	15	31	43	39	38	34
Renten/Altersversorgung	6	3	4	5	6	8	7	7	7	8	11	6	13	12	6	12	11	17	9	17	16	13	11	19
Soziale Sicherung	12	11	16	12	13	15	14	11	9	8	9	13	16	20	9	16	12	18	18	17	32	14	11	13
Kriminalität	3	16	13	24	25	19	13	26	9	16	13	16	11	8	8	7	10	13	13	15	21	8	8	13
Familienpolitik*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	3	1	3	4	7	9	6	9	8	12	9	8	12
Armut*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	1	3	4	13	6	6	7	12	11	11
Wirtschaftliche Stabilität	29	27	21	11	12	10	8	7	4	3	4	12	14	14	15	10	6	10	29	22	14	18	15	10
Bildungspolitik	2	1	1	1	1	0	0	2	3	2	3	4	3	6	5	9	8	16	13	13	22	9	14	10
Gesundheitswesen	1	1	0	1	1	1	2	5	2	4	5	5	10	11	4	15	12	10	12	21	25	12	6	10
Politik/Regierung	3	4	5	2	0	2	3	4	1	4	2	7	11	6	8	9	10	12	12	12	17	12	8	9
Umweltschutz	9	6	6	6	11	6	4	3	1	2	7	4	0	2	4	5	14	5	3	6	14	7	4	9
Zuwanderung/Integration	12	49	18	10	7	11	5	5	8	8	12	7	4	3	4	8	2	5	4	6	12	3	5	9
Staatsfinanzen	1	1	2	1	1	3	3	6	6	1	3	2	6	3	1	5	4	3	8	10	5	4	7	7
Jugendarbeitslosigkeit	2	2	5	5	7	9	13	16	16	16	13	12	8	13	7	10	11	12	5	8	8	4	5	5
Basis:	956	1003	995	433	510	495	519	511	513	505	500	415	402	404	395	399	396	396	406	394	353	355	421	410

*Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen

Europa	Anteil der Stichprobe an der Gesamtbevölkerung	Anteil der Stichprobe an der Gesamtbevölkerung	Anzahl der Interviews	Alter	Regionale Abdeckung	Feldzeit
 Österreich	85,30%	7.218 Tsd.	1.000	15+	Landesweit	Februar 2014
 Belgien	83,10%	9.259 Tsd.	1.023	15+	Landesweit	Februar / März 2014
 Frankreich	81,70%	53.674 Tsd.	1.015	15+	Landesweit	Februar 2014
 Deutschland	87,40%	71.596 Tsd.	2.018	14+	Landesweit	Februar 2014
 Italien	85,90%	52.329 Tsd.	1.025	15+	Landesweit	Februar 2014
 Niederlande	82,30%	13.800 Tsd.	1.012	15+	Landesweit	Februar 2014
 Polen	85,20%	32.839 Tsd.	1.000	15+	Landesweit	Februar 2014
 Russland	83,50%	119.793 Tsd.	2.200	16+	Landesweit außer dünn besiedelte Gebiete in Nordrussland & Nordkaukasusregion	Februar / März 2014
 Spanien	85,00%	39.285 Tsd.	1.008	15+	Landesweit	Februar 2014
 Schweden	83,50%	7.947 Tsd.	1.000	15-84	Landesweit	Februar 2014
 Schweiz	76,00%	6.080 Tsd.	1.000	15-74	Landesweit, außer italienischsprachige Schweiz	Januar / Februar 2014
 Türkei	74,00%	54.462 Tsd.	1.242	15+	15 Städte, repräsentativ für städtische Bevölkerung	Februar / März 2014
 UK	81,30%	51.398 Tsd.	1.024	16+	Landesweit	Februar 2014

Die Feldarbeit erfolgte im Rahmen des GfK GLOBO BUS®.

Nord- und Südamerika	Anteil der Stichprobe an der Gesamtbevölkerung	Anteil der Stichprobe an der Gesamtbevölkerung	Anzahl der Interviews	Alter	Regionale Abdeckung	Feldzeit
 USA	75,70%	237.633 Tsd.	1.000	18+	Landesweit	Februar 2014
 Brasilien	69,30%	137.748 Tsd.	1.000	18+	Landesweit	Februar 2014
Afrika						
 Nigeria	5,70%	9.610Tsd.	1.000	18+	Lagos, Kano, Port Harcourt	Februar 2014
 Südafrika	22,80%	11.646 Tsd.	1.200	16+	Metropolregion Pretoria, Johannesburg, Durban, Kapstadt	Februar 2014